

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Israel und die besetzten Gebiete

Rede von Mirjana Spoljaric, Präsidentin des IKRK, anlässlich der internationalen humanitären Konferenz für die Menschen in Gaza am 9. November 2023 in Paris

Das Leid, das wir in Gaza und Israel gesehen haben, ist unerträglich: der tragische Verlust vieler Menschen und so vieler Kinder. Die Zerstörung der Häuser der Menschen. Die tiefen und immer wiederkehrenden Traumata. Die Geiseln, die immer noch gefangen gehalten werden, und ihre verzweifelten Familien.

Es ist unerträglich, dass diese katastrophale humanitäre Situation seit einem Monat andauert; es ist inakzeptabel, dass sie noch länger andauert.

Das Humanitäre Völkerrecht ist das umfassendste und praktikabelste Instrument, das uns zur Verfügung steht, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und den Weg zur Deeskalation zu ebnet.

Ich fordere die internationale Gemeinschaft auf, für seine vollständige Umsetzung zu sorgen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die unmittelbare Notwendigkeit besteht darin, Leben zu retten und die Menschlichkeit zu bewahren. Rascher und dauerhafter Zugang zu humanitärer Hilfe und Hilfsgütern ist dringend erforderlich.

Lebenswichtige Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom und Kommunikation müssen im Gaza-Streifen unverzüglich wiederhergestellt werden, um Leben zu retten.

In Gaza hat das IKRK mehr als 100 Mitarbeiter, die inmitten der Gewalt weiterarbeiten. Wir haben lebensrettende Hilfsgüter vorrätig, und vor kurzem haben wir über den Grenzübergang Rafah medizinische Hilfsgüter und ein neues Team mit Experten für Chirurgie und Waffenkontamination ins Land gebracht.

Aber die Vorräte gehen zur Neige, und unseren Chirurgen fehlt es jetzt an Anästhetika und sogar an Mull, um Brandopfer zu behandeln.

Wir sind bereit, angesichts des enormen Bedarfs schnell zu expandieren, aber wir müssen in der Lage sein, regelmässig grosse Mengen an Vorräten einzubringen, und wir müssen



Mirjana Spoljaric, Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK):
«Wir sind mit einem katastrophalen moralischen Versagen konfrontiert, das die Welt nicht tolerieren darf.» (Bild apaimage)

über die notwendigen Zugangs- und Sicherheitsgarantien verfügen.

Das IKRK unterstützt die Gemeinden im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Israel, unter anderem mit Hilfe unserer Partner, der Palästinensischen Rothalbmondgesellschaft (PRCS), des Magen David Adom (MDA) und anderer Mitglieder der Bewegung, insbesondere des Ägyptischen Roten Halbmonds (ERC), um deren wichtige Not- und Hilfeleistungen zu unterstützen.

Die humanitären Helfer in Gaza und Israel haben unglaublichen Mut und Einsatz gezeigt.

Wie wir gehört haben, wurden auf tragische Weise Mediziner der MDA und des PRCS sowie UN-Mitarbeiter und andere humanitäre Helfer getötet, als sie anderen helfen wollten.

Ich spreche ihnen meine Hochachtung aus und fordere den dringenden Schutz aller Zivilisten, einschliesslich des humanitären und medizinischen Personals sowie der Krankenhäuser im Einklang mit dem Humanitären Völkerrecht.

Die Rolle eines neutralen Vermittlers hat sich als wertvoll erwiesen, um den humanitären Bedarf zu decken. Durch unseren Dialog mit den Parteien hat das IKRK in kritischen Momenten praktische Hilfe angeboten.

Am Montag begleiteten wir Krankenwagen, die Patienten, die dringende medizinische Hilfe benötigten, vom Al-Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt zur Grenze bei Rafah transportierten. Als vertrauenswürdiger neutraler Akteur unterstützte das IKRK auch die beiden

Geiselnbefreiungsaktionen. Wir fordern nach wie vor die sofortige Freilassung der Geiseln und sind weiterhin bereit, jede weitere Freilassung zu unterstützen und die Geiseln zu besuchen.

Aber:

Humanitäre Hilfe darf nicht zum Feigenblatt für das Versagen beim Schutz der Zivilbevölkerung werden.

Die Hauptverantwortung für den Schutz der Kriegsoffer liegt bei den Konfliktparteien.

Dieser Schutz muss auf alle Zivilisten ausgedehnt werden, auch auf diejenigen, die in Gaza-Stadt bleiben. Es ist unwahrscheinlich, dass der Norden vollständig geräumt wird, und nicht alle Gebäude können als militärische Ziele betrachtet werden. Es ist dringend notwendig, mit den Vorbereitungen für die Rückkehr der Hunderttausenden von vertriebenen Familien in den Norden zu beginnen. Wenn das Humanitäre Völkerrecht jetzt beachtet wird, wird dies eine erhebliche positive Wirkung haben.

Im Westjordanland eskaliert die tödliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung weiter: Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden, und ihre Bedürfnisse und ihr Schutz müssen berücksichtigt werden.

Ohne sofortige Zurückhaltung auf beiden Seiten steuern wir auf eine noch grössere humanitäre Katastrophe zu und setzen den Kreislauf der Gewalt fort.

Wir können keine absolute Feindseligkeit bis hin zur Entmenschlichung der anderen Seite akzeptieren.

Mit jedem Tag, der vergeht, schwindet die Möglichkeit, zu einem Dialog und einer politischen Lösung zurückzufinden.

Wir müssen nicht nur versuchen, menschliches Leid zu verringern, sondern auch einen minimalen Spielraum für eine Einigung zu bewahren, die nicht durch militärische Mittel, sondern durch politische Diskussionen erreicht wird.

Ich fordere die Staaten auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um sicherzustellen, dass das Humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt geachtet und umgesetzt wird.

Die Genfer Konventionen sind konkret:

- Die Tötung von Zivilisten und Misshandlungen sind verboten.
- Die Verwundeten und Kranken müssen gepflegt, geschützt und respektiert werden.
- Inhaftierte Personen müssen human und mit Würde behandelt werden.
- Geiselnahme ist verboten, und die Geiseln sollten unverzüglich und unverletzt freigelassen werden.
- Die zivile Infrastruktur, auf die die Menschen zum Leben angewiesen sind – einschliesslich der Strom- und Wassernetze – muss verschont bleiben.
- Unabhängig von einer militärischen Belagerung müssen die Parteien sicherstellen, dass die Zivilbevölkerung Zugang zur Grundversorgung, einschliesslich medizinischer Versorgung, hat.

Wir sind mit einem katastrophalen moralischen Versagen konfrontiert, das die Welt nicht tolerieren darf.

Ich fordere Sie auf, konkrete politische Schritte zu unternehmen, um einen dauerhaften humanitären Raum zu gewährleisten, die besondere Rolle neutraler Akteure wie des IKRK zu schützen, eine angemessene Finanzierung bereitzustellen und auf die Einhaltung der praktischen Umsetzung des Kriegsrechts zu drängen.

Quelle: <https://www.icrc.org/en/document/icrc-president-tells-paris-conference-gaza-immediate-imperative-is-to-save-lives> vom 9.11.2023

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Generaldirektor der WHO für sofortigen Waffenstillstand und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe

Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 10. November 2023

Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), sagte, er verstehe die Wut, die Trauer und die Angst der israelischen Bevölkerung nach den barbarischen Angriffen der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen am 7. Oktober ebenso gut wie die der Menschen im Gaza-Streifen, die bereits 16 Jahre lang unter der Blockade gelitten haben und nun die Zerstörung ihrer Familien und Häuser ertragen müssen. «Die Situation vor Ort lässt sich nicht beschreiben. Die Korridore der Krankenhäuser sind überfüllt mit Verletzten, Kranken und Sterbenden, die Leichenhallen sind überfüllt, und chirurgische Eingriffe werden ohne Anästhesie durchgeführt. Tausende von Vertriebenen sind in Krankenhäusern untergebracht oder in überfüllten Schulen eingepfercht und suchen verzweifelt nach Nahrung und Wasser. Siebzig Prozent der mehr als 10 800 Menschen, die im Gaza-Streifen getötet wurden, sind Frauen und Kinder», sagte er. «Im Durchschnitt wird alle 10 Minuten ein Kind in Gaza getötet.»

Er wies darauf hin, dass 1,5 Millionen Menschen auf der Flucht sind und überall eine Unterkunft suchen, aber «niemand ist irgendwo sicher». Die Überbelegung erhöht das Risiko von Durchfall- und Atemwegserkrankungen

sowie Hautinfektionen. Die WHO ist zusammen mit ihren Partnern im Gaza-Streifen vor Ort, um das Gesundheitspersonal zu unterstützen, das unter unvorstellbaren Bedingungen sein Bestes gibt. Neben der Versorgung von 27 000 Verwundeten, von denen viele lebensbedrohlich verletzt sind, versucht das medizinische Personal, den regulären Gesundheitsbedarf von mehr als 2 Millionen Menschen zu decken. Mehr als 180 Kinder kommen im Gaza-Streifen jeden Tag zur Welt, sagte er und fügte hinzu, dass im Gaza-Streifen 9 000 Patienten eine Krebstherapie erhalten und 350 000 an Diabetes, Herzkrankheiten und Bluthochdruck leiden.

Seit dem 7. Oktober habe die WHO mehr als 250 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen im Gaza-Streifen und im Westjordanland sowie 25 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in Israel verifiziert, sagte er. Letzte Woche dokumentierte die WHO fünf Angriffe auf fünf Krankenhäuser an einem Tag. Allein in den letzten 48 Stunden wurden vier Krankenhäuser ausser Betrieb gesetzt. Die Hälfte der 36 Krankenhäuser im Gaza-Streifen und zwei Drittel der Zentren für die medizinische Grundversorgung funktionieren überhaupt nicht, während die anderen weit über ihre Kapazitäten hinaus arbeiten. «Das Gesundheitssystem liegt

auf den Knien, und dennoch wird weiterhin eine lebensrettende Versorgung gewährleistet. Die beste Art und Weise, das Gesundheitspersonal und die Patienten zu unterstützen, sei ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen – Medikamente, medizinische Ausrüstung und Treibstoff für die Generatoren der Krankenhäuser.

Die WHO war Teil des ersten Hilfskonvois, der am 21. Oktober über den Rafah-Übergang in den Gaza-Streifen einfuhr, und hat seither 63 Tonnen medizinischer Spezialausrüstung und Hilfsgüter geliefert, was jedoch nicht dem Ausmass des Bedarfs entspricht. Vor dem 7. Oktober fuhren durchschnittlich 500 Lastwagen pro Tag mit lebenswichtigen Gütern in den Gazastreifen, seit dem 21. Oktober waren es insgesamt nur noch 650. Er forderte ungehinderten Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe an die Zivilbevölkerung in Gaza, die Freilassung der Geiseln durch die Hamas und die Wiederherstellung der Strom-, Wasser- und Treibstoffversorgung durch Israel. Er forderte ausserdem einen Waffenstillstand und die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts durch beide Seiten.

Quelle: <https://press.un.org/en/2023/sc15487.doc.htm> vom 10.11.2023

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Israel und die Vereinten Nationen

von Karin Leukefeld, Bonn und Damaskus

Israel hat Probleme mit den Vereinten Nationen. Geht es um den Konflikt des Landes mit Palästina, geraten israelische Diplomaten schnell ausser sich und fordern die Weltorganisation und deren Mitgliedsstaaten heraus. Das anhaltende Bombardement der Bevölkerung in Gaza, von dicht besiedelten Wohnvierteln, Flüchtlingslagern, Schulen, Krankenhäusern, ziviler Infrastruktur, von Journalisten und ihren Familien zeigt, dass Israel zentrale Vereinbarungen des internationalen Rechts ignoriert.

UN-Mitgliedschaft an Bedingungen gebunden

«[...] dass Israel ein friedliebender Staat ist, der die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen annimmt» und erfüllt.

Die Menschen im Bombenhagel nicht zu schonen, ihnen Wasser, Strom, Treibstoff, medizinische Versorgung, Lebensmittel, Kommunikationsverbindungen zu kappen, gilt auch im Krieg als Verbrechen. Während immer mehr Staaten ihre Botschafter aus Israel zurückrufen oder – wie Bolivien – die diplomatischen Beziehungen abbrechen, verharret die Bundesregierung in Berlin in Nibelungentreue an der Seite Israels. Aussenministerin Baerbock erklärte, Israel habe – wie jeder Staat auf der Welt – die Pflicht, seine Bevölkerung zu schützen und sich gegen Angriffe zu verteidigen. Die Menschen im Flüchtlingslager Jabaliya – von Israel innerhalb von 24 Stunden zweimal bombardiert – bezeichnete Baerbock als «menschliche Schutzschilde» der «Terrororganisation Hamas». Das offenbart nicht nur Menschenverachtung gegenüber den Opfern der Bombenangriffe, es zeigt auch, dass die deutsche Aussenministerin die Geschichte des Staates Israel und von Palästina nicht kennt.

Die UN zerteilt Palästina

Vor dem Ende der britischen Mandatszeit (1920–1948) wurde Palästina mit dem UN-Teilungsplan geteilt (UN-Resolution 181 II). Damit folgte die neu gegründete Uno einem Versprechen der britischen Kolonialmacht aus dem Jahr 1917. Damals hatte der britische Aussenminister Lord Balfour der zionistischen Nationalbewegung die Unterstützung der britischen Krone bei der Bildung einer «jüdischen Heimstatt» in Palästina zugesagt. Die in Palästina lebende Bevölkerung lehnte das ab, und schon bevor und während der UN-Teilungsplan diskutiert wurde, gab es Proteste und Kämpfe.

Der im November 1947 beschlossene Teilungsplan (UN-Resolution 181 II) teilte Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Obwohl von den damals rund 1 900 000 Einwohnern mehr als zwei Drittel muslimische, christliche und drusische Palästinenser und ein Drittel zumeist eingewanderte Juden waren, hatte die ursprünglich dort lebende palästinensische Bevölkerung keine Stimme. Ein Referendum war abgelehnt worden. Der jüdische Staat sollte 56,47 Prozent Palästinas umfassen, der arabische Staat 42,88 Prozent. Die Stadt Jerusalem sollte mit 0,65 Prozent als «corpus separatum» unter UN-Verwaltung gestellt werden. Alle drei Teile sollten in einer Wirtschaftsunion zusammengefasst werden. Die Hafenstadt Jaffa gehörte zum arabischen Staat. Die Uno hatte damals 56 Mitgliedsstaaten, von denen 33 dafür, 13 dagegen stimmten und zehn Staaten sich enthielten. Alle arabischen Staaten stimmten dagegen.

Die Vertreibung

Obwohl die Zionisten den Teilungsbeschluss als Gründungsdokument ihres Staates ansahen, starteten sie unmittelbar nach Verabschiedung des Teilungsplans militärische Operationen zur Vertreibung der Palästinenser, um das ihnen mit dem Teilungsplan zugestandene Gebiet zu erweitern. Sie überfielen Dörfer, töteten und vertrieben die Bevölkerung. 530 palästinensische Dörfer wurden zerstört. Beim Jahreswechsel 1948/49 verfügten die Palästinenser nur noch über 22 Prozent des Landes, das der UN-Teilungsplan für sie vorgesehen hatte. Ost-Jerusalem war von jordanischen arabischen Legionen gegen die zionistischen Milizen verteidigt worden. West-Jerusalem dagegen war schon früh von der zionistischen Untergrundarmee Haganah

Resolution 273 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 11. Mai 1949

Resolution 273 der Generalversammlung vom 11. Mai 1949 nach Kenntnisnahme des Berichts des Sicherheitsrats über den Antrag Israels auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, in Anbetracht der Tatsache, dass Israel nach dem Urteil des Sicherheitsrates ein friedliebender Staat ist und in der Lage und willens ist, die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, in Anbetracht der Tatsache, dass der Sicherheitsrat der Generalversammlung empfohlen hat, Israel zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zuzulassen, ferner in Kenntnis der Erklärung des Staates Israel, dass er «die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen vorbehaltlos akzeptiert und sich verpflichtet, sie von dem Tag an zu erfüllen, an dem er Mitglied der Vereinten Na-

tionen wird» unter Hinweis auf ihre Resolutionen vom 29. November 1947 und 11. Dezember 1948 und unter Kenntnisnahme der Erklärungen und Erläuterungen, die die Vertreter der Regierung Israels vor dem Politischen Ad-hoc-Komitee in bezug auf die Durchführung der genannten Resolutionen abgegeben haben:

Die Generalversammlung in Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 4 der Charta und Artikel 125 ihrer Geschäftsordnung,

1. beschliesst, dass Israel ein friedliebender Staat ist, der die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen annimmt und in der Lage und willens ist, diese Verpflichtungen zu erfüllen;
2. beschliesst, Israel zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zuzulassen.

eingenommen und die palästinensische Bevölkerung vertrieben worden. Damit ignorierten die Zionisten auch den Teil des UN-Teilungsplans, wonach Jerusalem als «corpus separatum» unter internationale Verwaltung gestellt werden sollte.

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Am Tag darauf, am 15. Mai 1948, beantragte Israel die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Der Antrag wurde vom UN-Sicherheitsrat nicht behandelt. Ebenfalls am 15. Mai 1948 erklärten die arabischen Staaten Israel den Krieg. Die UN-Vollversammlung ernannte am 20. Mai 1948 den schwedischen Diplomaten Graf Folke Bernadotte zum UN-Vermittler für Palästina. Bernadotte konnte einen Waffenstillstand verhandeln und legte den Grundstein für das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, die UNRWA. Er äusserte sich kritisch zu den

Mehr als 200 Resolutionen allein der UN-Generalversammlung hat Israel seither ignoriert.

1967, nach dem Sechs-Tage-Krieg, wurde eine weitere wichtige Resolution der Vereinten Nationen verabschiedet, dieses Mal vom UN-Sicherheitsrat. Es handelte sich um die Resolution 242 vom 22. November 1967, die feststellt, dass die «Eroberung von Land durch Krieg unzulässig» sei und sich die israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten (1967) zurückziehen müssen. Dabei ging es um Ost-Jerusalem, das Westjordanland, den Gaza-Streifen und die syrischen Golanhöhen, die Israel im Sechs-Tage-Krieg (Juni 1967) besetzt hatte. Doch Israel hatte bereits damit begonnen, die besetzten Gebiete zu kolonisieren, insbesondere durch den illegalen Siedlungsbau. Israel versties damit gegen internationales Recht und die 4. Genfer Konvention.

«UN-Generalsekretär António Guterres sagte, seit mehr als 56 Jahren lebten die Palästinenser unter einer erdrückenden israelischen Besatzung, ein eigener Staat werde ihnen verwehrt. Keine Partei in einem bewaffneten Konflikt stehe über dem internationalen humanitären Recht, sagte Guterres unter Verweis auf die eindeutigen Verstösse gegen das humanitäre Recht, die in Gaza zu beobachten seien.»

«ethnischen Säuberungen» gegen die Palästinenser und darüber, «dass Israel ganz Jerusalem für sich beanspruchte», was dem UN-Teilungsplan widersprach. Am 17. September 1948 wurde der UN-Sondervermittler Bernadotte von der Stern Gruppe, einer zionistischen Miliz, ermordet. Der Stern Gruppe gehörte auch Yitzhak Shamir an, der spätere israelische Ministerpräsident. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Ermordung Bernadottes.

Am 11. Dezember 1948 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 194, in der der Status von Jerusalem und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge (wenn machbar) sowie die Wiedergutmachung für ihre Verluste festgelegt wurden. Am 17. Dezember 1948 wurde ein zweiter Antrag Israels auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen vom UN-Sicherheitsrat abgelehnt.

Nach Parlamentswahlen 1949 stellte Israel zum dritten Mal einen Antrag auf die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Am 4. März 1949 stimmte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 69 für die Mitgliedschaft. Vorbehalte kamen von Grossbritannien, das sich bei der Abstimmung mit der Begründung enthalten hatte, dass Israel sich nicht an die UN-Prinzipien halte und den UN-Teilungsplan nicht akzeptiere. Die UN-Vollversammlung stimmte der Mitgliedschaft Israels am 11. Mai 1949 zu, formulierte aber Bedingungen. Danach wird Israel als Mitglied bei den Vereinten Nationen aufgenommen unter der Bedingung, dass Israel die Resolutionen 181 II und 194, den UN-Teilungsplan und das Recht auf Rückkehr der Palästinenser (wenn machbar) sowie deren Wiedergutmachung akzeptiert und umsetzt.

Bei der UN-Generalversammlung am 22. September 2023 trat Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit einer Karte ans Rednerpult, auf der er demonstrieren wollte, dass Israel und Saudi-Arabien – damals in einem politischen Annäherungsprozess begriffen, der von den USA begleitet wurde – unmittelbar vor einer Vereinbarung stünden. Auf der Karte der Region, die Netanyahu in die Höhe hielt, umfasste Israel das gesamte Gebiet von Palästina, ohne dass das palästinensische Westjordanland, Gaza oder Ost-Jerusalem, die vorgesehene Hauptstadt eines Staates Palästina, zu sehen waren. Die palästinensischen Gebiete, die einen palästinensischen Staat bilden sollten, waren ausgeradiert.

Der Angriff der Qassam-Brigaden

Auf den beispiellosen Angriff der Qassam-Brigaden aus dem Gaza-Streifen auf Gebiete im südlichen Israel am 7. Oktober 2023 reagierte Israel mit beispielloser Gewalt gegen die Palästinenser zunächst im Gaza-Streifen, inzwischen auch im besetzten Westjordanland. Forderungen im UN-Sicherheitsrat und in der Generalversammlung nach einem Waffenstillstand und Hilfe für die Zivilbevölkerung wurden von israelischen Diplomaten mit Drohungen und Anschuldigungen beantwortet. Auch UN-Generalsekretär António Guterres wurde beschimpft und zum Rücktritt aufgefordert, als er bei einer Sitzung im UN-Sicherheitsrat (24. Oktober 2023) darauf hinwies, dass der Angriff nicht aus dem luftleeren Raum gekommen sei. Seit mehr als 56 Jahren lebten die Palästinenser unter einer erdrückenden israelischen Besatzung, ein eigener Staat werde ihnen verwehrt. Keine Partei in einem bewaffneten Konflikt stehe über dem internationalen humanitären Recht, sagte

Guterres unter Verweis auf die eindeutigen Verstösse gegen das humanitäre Recht, die in Gaza zu beobachten seien.

Die USA verhinderten mehrere Resolutionen für einen sofortigen Waffenstillstand, die nicht das «Verteidigungsrecht» Israels und die Verurteilung der Hamas als «Terror-Organisation» enthielten. Während der politischen Kämpfe im UN-Sicherheitsrat wurden (Stand 2. November) durch die israelischen Bombardements auf den Gaza-Streifen mehr als 8700 Menschen getötet, darunter mehr als 3600 Kinder.

Am 27. Oktober 2023 nahm die UN-Generalversammlung mit 121:14:44 Stimmen eine Resolution arabischer Staaten an, in der ein «sofortiger, dauerhafter und nachhaltiger humanitärer Waffenstillstand» zwischen den israelischen Streitkräften und den Kämpfern der Hamas in Gaza gefordert wird. Zudem müsse eine «kontinuierliche, ausreichende und ungehinderte» Versorgung der in Gaza eingeschlossenen Zivilbevölkerung sichergestellt werden.

Israel lehnte ab und verstärkte sein Bombardement aus der Luft, mit Artillerie und von der Marine auf den palästinensischen Küstenstreifen noch am gleichen Tag. Die Versorgung mit Wasser, Medikamenten und Treibstoff ist unterbrochen. Die Kommunikation in Gaza wurde gekappt, weder Telefone noch Internetverbindungen funktionieren.

Am Montag (30. Oktober 2023) erschien der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan mit einem gelben Davidsstern auf seiner Anzugsjacke. «Never again» stand darauf, «nie wieder». Die zwei Worte erinnern an den deutschen Faschismus und dessen Vernichtung von Juden, von religiösen, ethnischen und gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gegnern. Er trage den Stern, «wie seine Grosseltern und die Grosseltern von Millionen Juden» den Stern getragen hätten, sagte Erdan. Man werde den Stern so lange tragen, bis die Vereinten Nationen die Greuelthaten der Hamas verurteilen und die sofortige Freilassung der Geiseln forderten.

Kritik an der Aktion kam vom Vorsitzenden der Gedenkstätte Yad Vashem, Dani Dayan. Sich den Stern anzuheften sei eine «Schande für die Opfer des Holocaust und für Israel». Der gelbe Stern symbolisiere die Hilflosigkeit des jüdischen Volkes. Doch heute habe Israel einen unabhängigen Staat und eine starke Armee, so Dayan weiter: «Wir sind die Herren unseres eigenen Schicksals. Heute werden wir uns eine blau-weiße Flagge ans Revers heften, keinen gelben Stern.»

Zahlreiche UN-Diplomaten, UN-Organisationen und Institutionen haben appelliert, Israels Bruch des internationalen Rechts zu stoppen. Es wird nicht explizit gesagt, doch der Aufruf richtet sich an die Regierungen, die Israel – wie die USA und Deutschland – bewaffnen, politisch und medial unterstützen und – wie die USA – verhindern, dass der UN-Sicherheitsrat einstimmig und sofort einen Waffenstillstand fordert. Am 14. Oktober 2023 erklärte Francesca Albanese, die UN-Sonderbeauftragte für die Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten, die seit 1967 von Israel besetzt gehalten werden, «unter dem Deckmantel des Krieges [...] versucht Israel erneut und im Namen der Selbstverteidigung zu rechtfertigen, was auf eine ethnische Säuberung hinauslaufen würde».

Zur Erinnerung: Am 11. Mai 1949 war Israel als Mitglied bei den Vereinten Nationen unter der Bedingung aufgenommen worden, dass es die Resolutionen 181 II (den UN-Teilungsplan) und 194 (den UN-Teilungsplan und das Recht auf Rückkehr der Palästinenser – wenn machbar – und deren Wiedergutmachung) akzeptiert und umsetzt. Bis heute hat Israel es nie für «machbar» gehalten, dass die Palästinenser zurückkehren könnten. Im Gegenteil, Israel hat alles dafür getan, sich das Land Palästina anzueignen. Die USA haben immer ihre schützende Hand über Israel gehalten.

Die Palästinenser werden vertrieben, verhaftet, getötet. Im Oktober 2023 haben hochrangige israelische Politiker und Persönlichkeiten die Palästinenser als «Tiemenschen» bezeichnet.

Erstveröffentlichung nachdenkseiten.de vom 4.11.2023; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin

«Land und Frieden vom Fluss bis zum Meer teilen»

Ansprache Seiner Majestät König Abdullah II. von Jordanien auf dem Kairoer Friedensgipfel am 21. Oktober 2023



König Abdullah II. von Jordanien (Bild zvg)

Im Namen Gottes, des Mitfühlenden, des Barmherzigen

Gebete und Frieden seien mit unserem Propheten Mohammed, meinem Bruder, Eurer Exzellenz Präsident Abdel Fattah El Sisi, Euren Majestäten, Hoheiten, Exzellenzen, Friede, Gottes Gnade und Segen seien mit Ihnen.

Ich danke Seiner Exzellenz, dem Präsidenten, dass er dieses Treffen in diesen schwierigen Zeiten einberufen hat. Es ist dringend, dass wir zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass diese humanitäre Katastrophe unsere gesamte Region in den Abgrund stürzt.

Erlauben Sie mir, auf Englisch zu unseren Freunden aus Europa und der ganzen Welt zu sprechen, die heute hier anwesend sind. Meine Botschaft richtet sich an sie.

Meine Freunde,

Friede, Gottes Gnade und Segen seien mit Ihnen.

Auf diese Weise grüssen Muslime und Araber andere: mit dem Wunsch, dass der andere mit Frieden und der Barmherzigkeit Gottes gesegnet sein möge.

Unsere Religion kam mit einer Botschaft des Friedens. Der Pakt von Omar, der vor fast 15 Jahrhunderten, mehr als tausend Jahre vor den Genfer Konventionen, vor den Toren Jerusalems geschlossen wurde, befahl den muslimischen Soldaten, kein Kind, keine Frau und keinen alten Menschen zu töten, keinen Baum zu zerstören, keinem Priester ein Leid anzutun und keine Kirche zu zerstören.

Dies sind die Einsatzregeln, die Muslime akzeptieren und einhalten müssen, wie es auch alle tun sollten, die an unsere gemeinsa-

me Menschlichkeit glauben. Alle zivilen Leben sind wichtig!

Meine Freunde,

ich bin empört und betrübt über die Gewaltakte, die gegen unschuldige Zivilisten im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Israel verübt werden.

Die unerbittliche Bombardierung des Gaza-Streifens – die im Gange ist, auch während wir hier sprechen – ist grausam und skrupellos – in jeder Hinsicht.

Das ist kollektive Bestrafung eines belagerten und hilflosen Volkes.

Dies ist ein eklatanter Verstoss gegen das Humanitäre Völkerrecht.

Das ist ein Kriegsverbrechen.

Doch je tiefer die Krise und die Grausamkeiten sind, desto weniger scheint sich die Welt dafür zu interessieren.

Überall sonst würden Angriffe auf zivile Infrastrukturen und der vorsätzliche Entzug von Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und lebensnotwendigen Gütern für eine gesamte Bevölkerung verurteilt werden. Die Rechenschaftspflicht würde sofort durchgesetzt – unmissverständlich.

Und das hat es schon einmal gegeben – vor kurzem, in einem anderen Konflikt.

Aber nicht in Gaza. Vor zwei Wochen hat Israel die vollständige Belagerung des Gaza-Streifens in Kraft gesetzt. Und immer noch herrscht grösstenteils weltweites Schweigen.

Doch die Botschaft, die die arabische Welt hört, ist laut und deutlich: Das Leben der Palästinenser zählt weniger als das der Israeli. Unser Leben ist weniger wichtig als das anderer Menschen. Die Anwendung des Völkerrechts erfolgt wahlweise. Und Menschenrechte haben Grenzen – sie machen an Grenzen, an Rassen und an Religionen halt. Das ist eine sehr, sehr gefährliche Botschaft, denn die Folgen einer anhaltenden internationalen Apathie und Untätigkeit werden katastrophal sein – für uns alle.

Meine Freunde,

wir dürfen nicht zulassen, dass rohe Emotionen den Augenblick diktieren; unsere Prioritäten sind heute klar und dringend:

Erstens: Die sofortige Beendigung des Krieges gegen Gaza, der Schutz der Zivilbevölkerung und die Verabschiedung einer einheitlichen Position, welche die gezielte Tötung von Zivilisten unterschiedslos verurteilt – im Einklang mit unseren gemeinsamen Werten und dem Völkerrecht, das jeden Wert verliert, wenn es selektiv angewendet wird.

Zweitens: Die kontinuierliche und ununterbrochene Lieferung von humanitärer Hilfe, Treibstoff, Nahrungsmitteln und Medikamenten in den Gaza-Streifen.

Drittens: Die unmissverständliche Ablehnung der Zwangsumsiedlung oder internen Vertreibung der Palästinenser. Dies ist ein Kriegsverbrechen nach dem Völkerrecht und eine rote Linie für uns alle.

Dieser Konflikt, meine Freunde, hat nicht vor zwei Wochen begonnen, und er wird nicht aufhören, wenn wir diesen blutgetränkten Weg weitergehen. Wir wissen nur zu gut, dass er nur zu mehr vom Gleichen führen wird – ein Nullsummenspiel aus Tod und Zerstörung, aus Hass und Hoffnungslosigkeit, das sich ständig wiederholt.

Heute lässt Israel die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen buchstäblich verhungern, doch seit Jahrzehnten sind die Palästinenser der Hoffnung, der Freiheit und der Zukunft beraubt.

Denn wenn die Bomben aufhören zu fallen, wird Israel nie zur Rechenschaft gezogen, die Ungerechtigkeit der Besatzung geht weiter, und die Welt schaut weg, bis zur nächsten Runde der Gewalt. Das Blutvergiessen, das wir heute erleben, ist der Preis für das Versagen, greifbare Fortschritte auf dem Weg zu einem politischen Horizont zu erzielen, der Frieden für Palästinenser und Israeli gleichermaßen bringt.

Die israelische Führung muss begreifen, dass es keine militärische Lösung für ihre Sicherheitsprobleme gibt, dass sie die fünf Millionen Palästinenser, die unter ihrer Besatzung leben und denen ihre legitimen Rechte verweigert werden, nicht weiter ausgrenzen kann und dass das Leben der Palästinenser nicht weniger wert ist als das der Israeli.

Die israelische Führung muss ein für alle Mal erkennen, dass ein Staat niemals gedeihen kann, wenn er auf dem Fundament der Ungerechtigkeit aufgebaut ist.

In den letzten 15 Jahren haben wir gesehen, wie sich die Träume von einer Zweistaatenlösung und die Hoffnungen einer ganzen Generation in Verzweiflung verwandelt haben. Dies war die Politik einer israelischen Führung von Hardlinern, den Fokus ausschliesslich auf Sicherheit vor Frieden zu legen und vor Ort neue illegale Gegebenheiten zu schaffen, die einen autonomen palästinensischen Staat nicht lebensfähig werden liessen. Auf diese Weise hat sie Extremisten auf beiden Seiten gestärkt.

Aber wir dürfen – und können – diesen Konflikt nicht als zu weit fortgeschritten abschreiben, zum Wohle beider, der Palästinenser und der Israeli. Unsere gemeinsame und einheitliche Botschaft an das israelische Volk sollte lauten: Wir wollen eine Zukunft in Frieden und Sicherheit für Euch und für die Palästinenser, in der Eure Kinder und die palästinensischen Kinder nicht mehr in Angst leben müssen.

Es ist unsere Pflicht als internationale Gemeinschaft, alles zu tun, was nötig ist, um einen sinnvollen politischen Prozess wieder in Gang zu bringen, der uns zu einem gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung führen kann.

Der einzige Weg zu einer sicheren Zukunft für die Menschen im Nahen Osten und in der ganzen Welt – für das jüdische Volk, die Christen und die Muslime gleichermaßen – beginnt mit der Überzeugung, dass jedes menschliche Leben gleich viel wert ist, und er endet mit zwei Staaten, Palästina und Israel, die sich Land und Frieden vom Fluss bis zum Meer teilen.

Die Zeit zum Handeln ist jetzt.

Ich danke Ihnen.

Ich danke Ihnen allen.

Friede, Gottes Gnade und Segen seien mit Ihnen.

Quelle: <https://www.kingabdullah.jo/en/speeches/cairo-summit-peace>
(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Das globale Ökosystem braucht eine neutrale Schweiz»

Interview mit Scott Ritter anlässlich der 30. Konferenz «Mut zur Ethik» vom 1.–3. September 2023, Teil 1



Scott Ritter
(Bild evo)

was waren Ihre Eindrücke bei Ihrer früheren Schweiz-Reise?

Scott Ritter: Das letzte Mal, dass ich in der Schweiz war, ist 30 Jahre her, mehr als 30 Jahre. Es ist also eine Menge Zeit vergangen. Aber als ich jetzt erneut gelandet bin, hatte ich zuerst ein Gefühl der Vertrautheit; denn die Schweiz, an die ich mich erinnere, war immer ein sehr sauberes, ordentliches Land, ein schönes Land, schöne Aussichten, gut organisiert – das war es, was mich hier begrüßte. Erst im Laufe dieser Konferenz, als insbesondere die Frage der Schweizer Neutralität aufkam, wurde mir klar, dass die Schweiz von heute eine ganz andere ist als die Schweiz, in die ich vor 30 Jahren kam. Und wenn man sich mit Leuten unterhält, ist es interessant, wie man etwas sehen kann, ohne zu verstehen, was unter der Oberfläche vor sich geht. Wäre ich einfach nur durch die Schweiz gefahren, hätte ich die Realität, die sich heute in der Schweiz abspielt, nicht verstanden: die Sorgen in bezug auf die Situation der Bildung im Land, die Rolle der Demokratie, insbesondere die einzigartige Form der direkten Demokratie in der Schweiz. Und dann natürlich die Frage der Neutralität. Ich denke, jeder, der die Nachrichten verfolgt, weiss, dass die Schweiz gerade eine Krise in bezug auf ihren Neutralitätsstatus durchmacht.

Aber Ausländer, wie wir Amerikaner es sind, wir lesen nur die Meldungen. Wir verbinden damit keine menschlichen Gefühle. Und noch

Zeit-Fragen: Scott Ritter, Sie waren schon einmal in der Schweiz, aber das ist schon lange her. Jetzt sind Sie zurückgekommen. Was sind Ihre Eindrücke von der Konferenz «Mut zur Ethik»¹, an der Sie gerade hier in der Schweiz teilgenommen haben, und

einmal: Wenn man nicht weiss, wie die Schweiz funktioniert, liest man von der direkten Demokratie und nimmt an, dass die Schweizer Regierungsbeamten nach dem Willen des Volkes handeln. Dann stellt man fest, dass der Wille des Volkes nicht einmal konsultiert wird. Dass die Schweizer Regierung Schritte unternimmt, die dem zuwiderlaufen, was die Schweiz ausmacht.

Schon vor 30 Jahren, als ich in die Schweiz kam, wusste ich, dass ich an einen besonderen Ort komme, einen anderen Ort. Sie war nicht Teil der Nato. Sie war eine neutrale Nation. Und als ich vor ein paar Tagen hier gelandet bin, habe ich diese Annahme aus reiner Gewohnheit gemacht, weil ich die Nachrichten, die ich über die Aushöhlung der Schweizer Neutralität gelesen habe, nicht damit in Verbindung gebracht habe. Ich habe das nicht mit der Realität in Verbindung gebracht.

Als Amerikaner die Neutralität aus Schweizer Perspektive verstehen

Aber diese Konferenz veranlasste mich dazu, mich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und es mit Schweizer Augen zu sehen. Das war vielleicht das Wichtigste: Es aus einer Schweizer Perspektive zu verstehen und dabei darüber nachzudenken, was das für mich als Amerikaner bedeutet.

Nun habe ich vom US-Botschafter Scott Miller und seinen unangemessenen Bemerkun-

gen und seiner Haltung gegenüber der Schweiz erfahren. Ich bin sehr stolz darauf, Amerikaner zu sein. Und ich bin sehr stolz darauf, dass Amerika es schafft, sich selbst zu helfen und seine Probleme selbst zu lösen. Deshalb werde ich wütend, wenn Amerikaner versuchen, anderen Menschen vorzuschreiben, was sie in ihrem Leben tun sollen. Ich würde nämlich auch wütend werden, wenn mir jemand vorschreiben wollte, was ich mit meinem Leben anfangen soll. Ich weiss, dass es Probleme gibt. Ich weiss, dass sie gelöst werden müssen. Ich werde eine Lösung finden. Vielen Dank.

Es ist die Arroganz und Hybris eines amerikanischen Botschafters, der versucht, dem Schweizervolk durch seine Regierung, eine willfährige Regierung, eine Lösung zu diktieren. Aber ich wusste nicht, dass die Schweizer Regierung so weit vom Volk entfernt ist. Das ist neu für mich.

«Mut zur Ethik» verstehen ...

Und dann habe ich die Leidenschaft und die Intelligenz der Vorträge auf dieser Konferenz gehört. Ich muss sagen, ich muss Ihnen ein Kompliment machen. Ich meine, ich gebe manchmal zu viel von mir preis, aber ich wusste nicht, was «Mut zur Ethik» bedeutet, und ich meine, selbst wenn ich die Worte nachgeschlagen hätte, hätte ich nicht gewusst, was es wirklich bedeutet. Aber dadurch, dass ich hierhergekommen bin und Ihnen zugehört

«Die Schweiz vergisst ihre Geschichte. Und wenn man seine Geschichte vergisst, wird man ein Niemand. Denn wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt, wird sie zu einem Klon der EU. Sie wird ein kleines Deutschland, ein kleines Frankreich, ein kleines Italien. Sie wird zu einem kleinen Nichts. Im Moment ist die Schweiz eine grosse Nation, weil sie für etwas Grosses steht. Aber wenn man das wegnimmt, wofür steht die Schweiz dann noch? Alpen, Jodeln ...?»

habe, wie Sie darüber gesprochen und es betont haben, wissen Sie, der Mut Ihrer Überzeugungen. Und das wurde auf dieser Konferenz zum Leben erweckt.

Es war interessant und faszinierend, das zu beobachten. Dann wird man als Mensch mit dem Mut der Überzeugungen anderer Menschen konfrontiert, und das fordert einen heraus, sich zu fragen: «Tue ich genug? Bin ich mutig im Sinne meiner Überzeugungen?» Es waren also ein paar wirklich interessante Tage.

Für die gemeinsame Sache der Menschlichkeit zusammenarbeiten

Was haben Sie von der Konferenz mitgenommen, was war für Sie am wichtigsten?

Ich habe viel daraus mitgenommen, aber das Wichtigste ist die absolute Notwendigkeit, dass alle für die gemeinsame Sache der Menschlichkeit zusammenarbeiten, und ich denke, dass die Schweiz, das kleine europäische Land mit seiner Geschichte der Neutralität, das Richtige ist. Genauso, wie wir andere Dinge in der Welt schützen – dort sprechen wir über das Aussterben von Arten und darüber, was für eine Tragödie es für die Welt ist, wenn Tiere aussterben, und wie notwendig es ist, sie zu erhalten. Dabei geht es nicht nur um die Erhaltung einer einzelnen Art, sondern um die Erhaltung aller Arten. Denn in einem Ökosystem muss alles harmonisch zusammenarbeiten, und das globale Ökosystem braucht eine neutrale Schweiz. Wenn wir die Neutralität der Schweiz aussterben lassen, zerstören wir das globale Ökosystem. Es gerät aus dem Gleichgewicht.

Ich verlasse diese Konferenz engagierter denn je, weil ich mich weitergebildet habe, weil ich mit dem Wissen ausgestattet wurde, für die direkte Demokratie in der Schweiz zu kämpfen. Denn ich kämpfe für die amerikanische Demokratie. Ich kämpfe für die Menschlichkeit. Ich

Fortsetzung auf Seite 4

Was tun in Zeiten des Krieges?

Sich positionieren – für den Frieden!

von Karl-Jürgen Müller

Tom J. Wellbrock, Journalist und Mitherausgeber des deutschen Blogs *neulandrebellen*, schrieb am 3. November¹, in Kriegszeiten nehme der innere und äussere Druck, sich für die eine oder andere Seite der Front zu positionieren, enorm zu: Wenn es nur noch «Gute» und «Böse» gibt, soll und will jeder auf der Seite der «Guten» stehen – selbst wenn er uninformiert ist und eigentlich kein Urteil fällen kann.

Auch deshalb haben es die neutralen Staaten in Kriegszeiten besonders schwer – obwohl gerade sie in solchen Zeiten von besonders grosser Bedeutung sind – so lange es noch den Willen gibt, das Ausmass der Zerstörungen und Opfer so gering wie möglich zu halten.

Sonst aber gilt: Es gibt immer weniger Stimmen, die bei einer Verhandlungslösung behilflich sein können. Statt dessen droht ein totaler Krieg, der nur noch mit der völligen Kampfunfähigkeit und der bedingungslosen Kapitulation der einen oder anderen Seite enden kann.

Europa hat dies faktisch im Ersten und ganz ausdrücklich im Zweiten Weltkrieg so erlebt. Das Ausmass und die Folgen dieser Katastrophen sind bekannt. Oder vielleicht auch schon wieder vergessen?

Es mag Kriege geben, die ohne eine bedingungslose Kapitulation der einen Seite nicht sinnvoll beendet werden können. Vielleicht war dies im Zweiten Weltkrieg so. Aber selbst hier bleibt die Frage, was möglich gewesen wäre, wenn die Kriegsgegner Deutschlands *Hitler* nicht viele Jahre zuvor mächtig protegiert hätten, wenn sie den innerdeutschen Widerstand entschlossen unterstützt und mit diesem dann wirkliche Friedensverhandlungen geführt hätten.

Der Preis des Krieges

Der Preis des Krieges bis zu seinem bittersten Ende ist immer besonders hoch.

Sicher ist auch: Wer den eigenen Machtanspruch absolut setzt und nichts eigenes in Frage stellen will, ist nicht verhandlungsfähig, sucht verbissen die schwere Niederlage, die Kapitulation des «Feindes». Mittlerweile gilt es zum Beispiel als nachgewiesen, dass zwar Russland im März/April 2022 zu einer Verhandlungslösung mit der Ukraine bereit war, die US- und die britische Regierung den Krieg aber unbedingt fortsetzen wollten.² An dieser Konstellation hat sich bis heute im Grundsatz nichts geändert. Ähnlich ist es derzeit im Nahen Osten: Die grosse Mehrheit der Staaten der Welt fordert einen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung – Israel und seine engsten Verbündeten lehnen dies (bislang) ab.

Patrik Baab:

Auf beiden Seiten der Front

Was ein sich immer länger hinziehender Krieg für die betroffenen Menschen bedeutet, wurde immer wieder beschrieben. Anfang Oktober hat



ISBN 978-3-946778-41-7

Patrik Baab, ein deutscher Politikwissenschaftler und Publizist, ein Buch veröffentlicht, das sehr viele sehr wichtige Informationen enthält, die im westlichen Mainstream verschwiegen werden. Der Titel des Buches lautet: «Auf beiden Seiten der Front. Meine Reisen in die Ukraine». Ich teile nicht alle politischen Urteile dieses Buches – kann aber trotzdem die Lektüre sehr empfehlen.

Patrik Baab hatte schon vor dem 24. Februar 2022 und dann erneut im Spätsommer/Herbst 2022 die Ukraine im Westen und auch im Osten des Landes besucht. Er gibt in seinem Buch nicht nur viele Gespräche mit Menschen aus dem Westen und dem Osten der Ukraine sowie aus Russland wieder, sondern ordnet diese Gespräche auch historisch und politisch ein. So gewinnt der Leser ein aufklärendes, aber auch erschütterndes Bild von der sehr langen Vorgeschichte des 24. Februar 2022, vom im Westen oftmals totgeschwiegenen innerukrainischen Krieg seit dem Frühjahr 2014 und vom Kriegsverlauf und seinen Folgen seit dem 24. Februar 2022. Auf der Rückseite des Buches ist zu lesen: Patrik Baab erzählt «die Geschichte hinter den Schlagzeilen und der Propaganda: vom Maidan-Putsch 2014 über den Bürgerkrieg im Donbass zum Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der Nato. Das Buch zeigt die politischen Interessen und den geostrategischen Konflikt, um den es in Wahrheit geht. Es ist ein Poker am Rande eines Atomkriegs mitten in Europa – ein Tanz auf dem Vulkan.» Hinzufügen muss man: Auch die den Krieg schürenden wirtschaftlichen Interessen werden unter Nennung von Ross und Reiter sehr genau beschrieben.

Patrik Baab ist Deutscher, und ihm wurde in seinem Land das Leben schwer gemacht³ – weil er seinem journalistischen Grundsatz gefolgt ist: «audiatur et altera pars» – höre auch die andere Seite! Aber Deutschland ist Kriegspartei, und seine Politiker und seine Medien verlangen von den Deutschen, sich klar zu positionieren: auf der Seite der deutschen Kriegsführung.

Was Deutschlands Kriegsbeteiligung für Russland bedeutet

Patrik Baab erinnert daran, was dies tatsächlich bedeutet. Auf Seite 169 zum Beispiel schreibt er über den gezielten Beschuss der Zivilbevölkerung in der ostukrainischen Stadt Donezk: «Tag und Nacht rollt ein Grollen durch die Strassen, immer wieder unterbrochen durch ein dunkles Bersten. Das sind die Einschläge französischer und deutscher 155-mm-Artilleriegranaten, US-amerikanischer 777-Haubitzen und der HIMARS-Raketen, die ukrainische Truppen auf die Zivilbevölkerung abfeuern. [...] Leben im Donbass – das heisst seit März 2014 Sterben im Donbass.» (Hervorhebungen km)

Eine Seite weiter schreibt er: «Ich schreibe das, weil es viele Menschen in Deutschland nicht wissen wollen. Sonst könnten sie nicht endlich wieder die Russen hassen und trotzdem zu den Anständigen gehören. Sie müssen lernen, dass sie für die Menschen hier wieder besudelt unter den Völkern sitzen; deutsche Waffen erneut auf den Blutfeldern des einstigen deutschen Vernichtungskrieges. Da hört man sich lieber die Lügen der Regierung von der Zeitenwende an, ein unprovokeder Angriffskrieg habe begonnen, am 24. Februar 2022, wie aus heiterem Himmel.»

Und auch das, was auf Seite 207 zu lesen ist, sollte jeder ernst nehmen: «Wieder werden deutsche Panzer gegen Russland rollen. 80 Jahre nach dem Sieg der Roten Armee in der Schlacht bei Stalingrad ist dies für ausnahmslos jeden Russen das grösstmögliche Trauma: ein Hauch von Hitler! Nach all den Angriffskriegen der Nato und der Ost-Erweiterung von Washingtons Vasallen-Bündnis sieht Moskau darin den endgültigen Beweis, dass der Westen keinen Frieden will.»

Ja, auch mir ist die deutsche Politik, sind die deutschen Medien und die deutschen «Eliten» fremd geworden. Bis auf wenige Ausnahmen haben sie sich für den Kriegskurs einspannen lassen, treiben ihn sogar massiv voran, wollen sogar an der Spitze der Bewegung stehen: ein radikaler – sich allerdings in den vergangenen 30 Jahren Schritt für Schritt («Salamitaktik») abzeichnender – Bruch mit der deutschen Staatsräson in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg («Nie wieder Krieg!»).

«Wir müssen kriegstüchtig werden» – Ist das alles, was Deutschland zu bieten hat?

Nun hat der deutsche Verteidigungsminister *Pistorius* öffentlich über sein Land gesagt: «Wir müssen kriegstüchtig werden.»⁴ Kriegsbeteiligung allein mit massenhaft Waffen für kriegsführende Länder (noch vor Jahren für Deutschland zumindest offiziell ein No-go), mit militärischer Anleitung und Kriegsausbildung ausländischer Truppen reicht nicht. Der *Bundeswehrverband*, der offizielle Verband der deutschen Soldaten, war erfreut über diese «Provokation» – und fordert mehr Tempo dabei.⁵ Und *Pistorius* hat konkretisiert. Es gebe einen «Aggressor» in Europa: Russland. Und gegen den müsse Deutschland einen «Abwehrkrieg», einen «Verteidigungskrieg» führen können. Das ist die Rhetorik des Kalten Krieges. Noch schlimmer: *Pistorius* weiss genau, dass Russland bislang keine Pläne hatte, Deutschland anzugreifen. Allerdings: Deutschland ist seit dem 24. Februar 2022 im Rahmen seiner «Zeitenwende» Kriegspartei gegen Russland.

Um so mehr gilt: Sich aktiv für den Frieden einzusetzen – jetzt und heute, für einen gerechten Frieden, für ein Ende des gegenseitigen Tötens und all der Zerstörungen –, das ist eine «Positionierung», die geboten ist.

Patrik Baab schreibt am Ende seines Buches: «Nach unserer Ankunft in Berlin morgens gegen vier stelle ich den *Führer durch die Sowjetunion* von 1928 wieder in die Vitrine. *Sándor Radós* Traum von einem Europa der Menschen und Völker ist ausgeträumt. Aber Träume können nicht sterben. Sie leben fort in einer anderen Zeit.» Daran kann ich anknüpfen.

Aber er schreibt dann auch: «Sergey und ich trinken noch ein paar doppelte Whisky. Die helfen uns auch nicht weiter. Sie rufen nur Gedanken wach an die Jahre des Friedens in Europa, die wir nie mehr wiedersehen würden.» Ich hoffe sehr, dass Europa einen anderen Weg gehen wird.

¹ <https://de.rt.com/meinung/185738-distanzieren-und-positionieren-innerer-frieden/> vom 3.11.2023

² vgl. Funke, Hajo; Kujat, Harald. «Wie eine aussichtsreiche Friedensregelung des Ukraine-Krieges verhindert wurde. Der Westen wollte statt dessen den Krieg fortsetzen»; <https://www.zeitgeschichte-im-fokus.ch/de/home-ausgabe-10.html> vom 26.10.2023

³ *Patrik Baab* schildert und kommentiert die Vorgänge in einem eigenen Kapitel: «Nordwärts: Im Propaganda-Krieg» (S. 223ff.)

⁴ vgl. <https://bilder.deutschlandfunk.de/95/84/2c/8c/95842c8c-3280-4d54-ad43-e253ab538b4f/interview-pistorius-231031-100.pdf> vom 31.10.2023

⁵ vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article248319128/Bundeswehr-Verband-lobt-Provokation-von-Boris-Pistorius-und-fordert-mehr-Tempo.html> vom 2.11.2023

«Das globale Ökosystem braucht eine ...»

Fortsetzung von Seite 3

kämpfe für die Erhaltung der Welt – und ich hätte diesen Blick auf die Bedeutung der Neutralität nicht, wenn ich nicht an dieser Konferenz teilgenommen hätte.

«Die Neutralität ist vielleicht die mutigste Sache der Welt»

Was bedeutet für Sie die Neutralität der Schweiz? Wie sehen Sie die Neutralität aus der Sicht von jemandem, der in der ganzen Welt gereist ist und gearbeitet hat?

Bevor ich diese Frage beantworte, muss ich zuerst ganz ehrlich sagen, dass das, was ich über die schweizerische Neutralität wusste und auch heute weiss, noch sehr begrenzt ist.

Nun, die Schweiz ist ein neutrales Land, aber es geht wohl nicht nur um die Schweiz. Es geht um das Konzept der Neutralität im allgemeinen. Früher habe ich die Welt in Schwarz und Weiss eingeteilt, Gut gegen Böse, und so war eine neutrale Person für mich jemand, der sich weigert, Stellung zu beziehen, der für nichts einsteht. Das war meine Wahrnehmung. Aber als ich erwachsen wurde und mit der Realität des Lebens konfrontiert wurde, habe ich festgestellt, dass das Leben nicht schwarz und weiss ist, sondern sehr grau – mit vielen, vielen Grautönen.

Durch Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen wurde mir klar, dass die Neutralität vielleicht die mutigste Sache der Welt ist. Es ist leicht, sich von der einen oder anderen Sichtweise einfangen zu lassen, und es ist leicht, es als WIR gegen SIE zu rechtfertigen, als Gut gegen Böse, wie auch immer man es nennen will. Aber am Ende des Tages ist das Ergebnis sehr destruktiv, sehr destruktiv. Und wenn man die Zerstörung sieht, die damit einhergeht, wird einem klar, dass es keine Rolle spielt, ob man gut oder böse ist, oder welche Vorstellung man hatte, als man in den Konflikt ging. Der Konflikt tötet einfach Menschen. Das ist alles, was er tut. Er tötet Menschen und vernichtet sie. Und das ist das Böse, denn beide Seiten denken, dass sie auf der richtigen Seite stehen: «Ich habe recht.» «Ich habe recht.» Sie prallen aufeinander. Das Böse, das durch diesen Konflikt entsteht, führt zu toten Menschen. Und die Neutralität ist dazu da, dieses Übel zu verhindern. Die Neutralität soll verhindern, dass diese beiden Seiten aufeinanderprallen. Die Neutralität ist ein Eingriff der Vernunft, ein Eingriff der Menschlichkeit.

«Neutralität ist die globale Sicherheitszone»

Leider sehen wir sie meist in der Zeit nach einem Konflikt, wenn die neutralen Parteien

hinterher helfen, das Chaos zu beseitigen, die beiden zu trennen, Familien zusammenzubringen und den Menschen zu helfen; und sie werden als eine Kraft des Guten wahrgenommen. Aber wenn man über die Neutralität nachdenkt – vor allem in der Art und Weise, wie es die Schweizer tun –, dann versuchen sie, Konflikte zu verhindern. Das ist das Wichtigste von allem; es war Teil meines persönlichen Wachstums. Ich denke, als Erwachsener, als Mensch, muss ich erkennen, dass die eigentlichen Feiglinge die Menschen sind, die keine Neutralität zu wahren wissen. Die eigentlichen Feiglinge sind die Menschen, die einen starken Standpunkt einnehmen, weil das der einfachste Weg ist. Es ist der Weg des geringsten Widerstands. Der wirklich mutige Mensch ist derjenige, der in der Lage ist, sich von der Einzigkeit dieses Weges zu lösen und offen dafür zu sein, die Sichtweise des anderen zu berücksichtigen. Aber das ist angesichts der Vorurteile sehr schwierig. Manchmal braucht man also einen neutralen Ort, um dies zu tun.

Wir brauchen Neutralität. Neutralität ist die globale Sicherheitszone, die es den Menschen ermöglicht, zusammenzukommen und Probleme zu lösen, um Konflikte zu vermeiden. Und das ist es, was ich zu schätzen weiss. Ich muss schockiert sein, denn ich dachte, die Schweizer würden auch daran

glauben. Und nachdem ich hierhergekommen bin und herausgefunden habe, dass die Schweiz von dieser Haltung abgewichen ist, muss ich ganz offen sagen, dass ich Ihre Regierung für eine der feigsten Regierungen halte, die man sich vorstellen kann. Dass sie den Weg des geringsten Widerstandes gegangen ist, dass sie vergessen hat, wofür die Schweiz stand.

Die Schweiz vergisst ihre Geschichte. Und wenn man seine Geschichte vergisst, wird man ein Niemand. Denn wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt, wird sie zu einem Klon der EU. Sie wird ein kleines Deutschland, ein kleines Frankreich, ein kleines Italien. Sie wird zu einem kleinen Nichts. Im Moment ist die Schweiz eine grosse Nation, weil sie für etwas Grosses steht. Aber wenn man das wegnimmt, wofür steht die Schweiz dann noch? Alpen, Jodeln ...?

Herzlichen Dank, Scott Ritter, für das Gespräch.

¹³⁰ Konferenz «Mut zur Ethik» zum Thema «Eine multipolare Weltordnung nimmt Gestalt an – Menschsein und Menschlichkeit in einer sich verändernden Welt» vom 1.–3. September 2023 (vgl. *Zeit-Fragen* Nr. 20/21 vom 3. Oktober 2023). (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Verhandlungen Schweiz-EU – bekannte Inhalte in neuer Verpackung

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Über den Stand des Seilziehens zwischen Bern und Brüssel herrschte vor den Parlamentswahlen im Oktober Stillschweigen. Am 8. November hat nun der Bundesrat bekanntgegeben, dass er seine internen Gespräche mit den Kantonen und den Sozialpartnern sowie die Sondierungsgespräche mit der EU-Kommission abgeschlossen habe. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA werde nun einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat ausarbeiten. Inhaltlich hält sich der Bundesrat sehr bedeckt, formell wird das Ganze etwas anders strukturiert als das im Mai 2021 gescheiterte Rahmenabkommen.¹

Bereits am 6. November plauderten aber die Gewerkschaften – die in die Planungsphase einbezogen worden waren – an ihrer Medienkonferenz aus dem Nähkästchen. Sie haben am Dossier des Bundesrates eine ganze Menge auszusetzen. Mit ihrer Kritik leisten sie einen hilfreichen Beitrag zur unverschleierte Information der Bevölkerung.

Ob «Paketansatz» oder «institutionelles Rahmenabkommen» ist Hans was Heiri

Der Bundesrat ist nach wie vor weit davon entfernt, seinen verfassungsmässigen Auftrag zu erfüllen, nämlich die Interessen der Schweizer Bevölkerung zu vertreten. Statt dessen mutet er uns eine praktisch unveränderte Neuaufgabe des gescheiterten institutionellen Rahmenabkommens in neuem Gewand zu.

Beim «Paketansatz» stehen die institutionellen Regeln des EU-Systems, die für alle bisherigen und künftigen bilateralen Verträge zwischen Bern und Brüssel gelten sollen, nicht mehr in einem zentralen Abkommen. Statt dessen würden die Grundregeln des EU-Rechts diskret in jedes einzelne bisherige oder künftige Abkommen (in jedes Päckli) hineingepflanzt.

Auf folgenden bekannten Grundregeln beharrt Brüssel seit zehn Jahren, weil sie Teil des EU-Systems sind: Verpflichtung der Schweiz zur Übernahme der gegenwärtigen und künftigen Rechtsentwicklung der EU, faktische Unterstellung der Schweiz unter die Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs («Neue Zürcher Zeitung»: «Für die EU ist dies ein Heiligtum») sowie Übernahme des EU-Verbots staatlicher Beihilfen (zu deutsch Liberalisierung/Privatisierung des Schweizer *Service public*). Insofern ist es für uns egal, ob man das Ding nun «Rahmenabkommen» oder «Paketansatz» nennen will. In diesem Sinn hält die «Neue Zürcher Zeitung» fest: «An zentralen Elementen hat sich im Vergleich zum gescheiterten Rahmenvertrag nichts geändert.»² Wesentlich ist und bleibt für uns Bürger, dass das Schweizer Staatsmodell nun einmal nicht zum undemokratischen und bürokratischen EU-System passt.

– Zum Gesamtpaket (Bilaterale III) würden laut Medienmitteilung des Bundesrats einerseits die fünf bestehenden Marktzugangsabkommen der Bilateralen I gehören (Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft und gegenseitige Anerkennung von Produktionsstandards), jedes ergänzt mit den Regeln des EU-Rechts.

– Andererseits würde eine ganze Reihe neuer Abkommen hinzugefügt: «Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit, die Teilnahme an EU-Programmen (insbesondere an *Horizon Europe*), die Wiederaufnahme des Regulierungsdialogs im Finanzbereich und die Einrichtung eines strukturierten politischen Dialogs.» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 8.11.2023) Diese neuen Abkommen würden weitere umfassende Lebensbereiche dem Schweizer Recht entziehen und der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs unterstellen – was sie genau beinhalten sollen und was sie uns bringen würden, ist offen.

– Den «regelmässigen Beitrag der Schweiz zur Kohäsion innerhalb der EU», den Brüssel erwartet, erwähnt der Bundesrat in einem Nebensatz. Ich persönlich habe nichts dagegen, solange wir den Betrag und den Zweck der Zahlungen (zum Beispiel für die Förderung der Berufsbildung) mitbestimmen können. Es gehört zu den Aufgaben der neutralen Schweiz, anderen Ländern mit Rat und Tat beizustehen, wo sie

«Die Schweizer Stimmbevölkerung und das Parlament haben wiederholt klargemacht, dass die Schweiz am bestehenden öV-System festhalten will. Die Menschen wollen keine Verhältnisse wie in Deutschland. Sie lehnen deshalb eine Liberalisierung im öV ab, wie sie von Teilen der EU-Kommission gefordert wird. Sie wollen keinen Abbau des Service public.»

es benötigen. Jedenfalls lieber, als dass wir uns von der Grossmacht EU unsere Freiheit und Souveränität einschränken lassen.

Nicht erwähnt wird in der Medienmitteilung des Bundesrates die Unionsbürgerrichtlinie, die Bundesrat *Ignazio Cassis*, als vor einigen Jahren die Leitung des EDA übernahm, als «rote Linie» bezeichnete. Gemäss der «Neuen Zürcher Zeitung» will die Schweiz «hier vor allem zwei Dinge vermeiden: die Einwanderung in die Sozialhilfe und verfassungswidrige Einschränkungen bei Ausschaffungen».³ Diese Ziele, so die «Neue Zürcher Zeitung», seien «laut Angaben aus Bern erreicht». Das wollen wir aber schwarz auf weiss sehen!

Bundesrat hat die Pflicht, seinen Kollegen das Schweizer Staatsmodell zu erklären

Statt dass unsere Bundesräte ihren Kollegen in unseren Nachbarländern und anderswo erklären, warum die beiden Systeme nicht zusammenpassen, lassen sie es zu, dass die Brüsseler Bürokraten ihre Regeln unauffällig in die einzelnen Verträge verpacken. Verträge notabene, die wir zum Teil gar nicht brauchen, weil sie nicht in unserem Interesse sind, oder die wir als gleichberechtigte Partner inhaltlich mitgestalten wollen. Die Schweiz könne nicht erwarten, dass wir von der EU als Partner auf Augenhöhe behandelt werden, denn die EU sei viel grösser und bevölkerungsreicher, ist zuweilen zu hören, und zwar nicht nur vonseiten mancher demokratiefreier EU-Politiker, sondern erstaunlicherweise auch von Schweizern. Ein wirklich merkwürdiges Argument. Die Schweizer Kantone zum Beispiel sind absolut gleichberechtigt, obwohl ihre Bevölkerungszahlen sich extrem stark unterscheiden. Den EU-Politikern das Elementarwissen über die Schweizer Demokratie zu erklären, wäre die dringendere Aufgabe unserer Politiker und Diplomaten, als dauernd zwischen Bern und Brüssel hin- und herzupendeln, um das neueste Kommando einzuholen.

Lohnschutz und Service public statt Liberalisierungsprogramm

Unter diesem treffenden Titel spricht der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* (SGB)

nicht nur die Arbeitnehmer, sondern einen grossen Teil der Bevölkerung an. In seiner Medienmitteilung fasst Chefökonom *Daniel Lampart* zusammen: «Die mit den Sondierungen beauftragte Bundesverwaltung hat in den Gesprächen [mit Brüssel] einen Abbau des Lohnschutzes sowie einer Liberalisierung des Strommarktes für Kleinkunden sowie dem Marktzugang von Flixbus und anderen Anbietern im grenzüberschreitenden Personenverkehr zugestimmt.»⁴

– *Lohnschutz*: Der SGB erinnert daran, dass die Schweiz die höchsten Löhne in Europa hat und trotzdem einen der offensten Arbeitsmärkte, in den viel mehr Arbeitnehmer entsendet werden als umgekehrt aus der Schweiz in die EU. Lohndumping und schwer zu kontrollierende Temporärarbeit hätten zugenommen: «*Rund ein Fünftel der Firmen bleibt in den Lohnkontrollen hängen.*» (Hervorhebung mw) Denn die Schweiz mache «mit Abstand am meisten Lohnkontrollen in Europa», so Lampart, und sie überlasse diese nicht dem Staat, sondern den Sozialpartnern (Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam). Wenn die Schweiz beim Lohnschutz EU-Recht übernehmen würde, bedeutete dies unweigerlich eine Schwächung des heute gut funktionierenden Lohnschutzes.

Von einem Beispiel, das «in den Lohnkontrollen hängengeblieben» ist, berichtet *Vania Alleva*, die Präsidentin der Gewerkschaft *Unia*: Auf einer Baustelle im Baselbiet waren über einen holländischen Anbieter rund 90 Arbeiter aus Polen, Lettland und Litauen beschäftigt, die statt etwa 27 Franken durchschnittlich nur neun Franken pro Stunde – einzelne gar nur fünf Franken pro Stunde – verdient haben. Dazu *Vania Alleva*: «Die drohenden sozialen Verwerfungen sind für die Arbeitnehmenden in diesem Land und für uns Gewerkschaften inakzeptabel. Und die politischen Schäden eines solchen Dammbrochs wären immens.»⁵

– *Service Public*: *Adrian Wüthrich*, Präsident des unabhängigen Arbeitnehmer-Dachver-

bands *Travail.Suisse*, spricht sich klar gegen die Liberalisierung des Strommarktes im Zusammenhang mit einem Stromabkommen aus. Er erinnert den Bundesrat daran, dass in der Schweiz die Stimmberechtigten das Sagen haben: «Der Bundesrat darf keine Verpflichtung zur Öffnung des Strommarktes für private Haushalte im Rahmen der Verhandlungen eingehen, ohne separat die inländischen Diskussionen und Referendumsabstimmungen dazu abzuwarten.»⁶

Blenden wir den Bundesrat mit seiner Medienmitteilung vom 8. November im O-Ton ein: «So wird beispielsweise der Service public von den Verhandlungen nicht tangiert.» Eine kühne Behauptung! Gut, sprechen die Schweizer Gewerkschaften Klartext.

«Öffentlicher Verkehr der Schweiz darf nicht unter die Räder der EU kommen»

Alle Gewerkschaftsvertreter an der Medienkonferenz wiesen auch die Forderung der EU, den Personenverkehr für private Unternehmen zu öffnen, deutlich zurück. *Adrian Wüthrich*: «Die Öffnung des Personenverkehrs für private Unternehmen stellt einen Paradigmenwechsel und eine Gefahr für das Schweizer öV-System dar.» *Matthias Hartwich*, Präsident der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV): «Das öV-System der Schweiz ist ein Erfolgsmodell. [...] Um dieses funktionierende und gute System beneiden uns unsere Nachbarn [...]. Menschen und Güter gelangen zuverlässig, pünktlich und umweltfreundlich an ihre Ziele.» *Hartwich* warnt: «Die Liberalisierung, die in Teilen Europas im Bahnsektor erzwungen worden ist, hat in aller Regel zu schlechterem Angebot, schlechteren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit geführt. Wir wollen auch in Zukunft zuverlässige Bahnen in der Schweiz – für Menschen und Güter. Das ist notwendig, um Verkehr von der Strasse auf die Schiene zu bringen; in der EU geschieht gerade das Gegenteil.»⁷

Hartwich erinnert daran, dass der öV in der Schweiz Teil des Service public ist: «Die Schweizer Stimmbevölkerung und das Parlament haben wiederholt klargemacht, dass die Schweiz am bestehenden öV-System festhalten will. Die Menschen wollen keine Verhältnisse wie in Deutschland. Sie lehnen deshalb eine Liberalisierung im öV ab, wie sie von Teilen der EU-Kommission gefordert wird. Sie wollen keinen Abbau des Service public.»

Fazit der Gewerkschafter

«Mit einer gleichzeitigen Schwächung des Lohnschutzes, einer Liberalisierung im Bahnverkehr und bei der Stromversorgung ist ein Abkommen mit der EU von vornherein zum Scheitern verurteilt.» (*Adrian Wüthrich*)

«Die Zerstörung des funktionierenden Schweizer öV, um eine Einigung mit der EU-Kommission zu erzielen, kommt für den SEV nicht in Frage.» (*Matthias Hartwich*)

«Der Bundesrat muss diese Fehler korrigieren und in den Verhandlungen mit der EU die Interessen der Schweizer Bevölkerung vertreten. Er muss in den Verhandlungen den Lohnschutz und den Service public sichern.» (*Christian Lampart*)

Michael Ambühl: Gesamtpaket soll es leichter machen, Kröten zu schlucken!

mw. Den wesentlichen Unterschied des ominösen neuen «Paketansatzes» zum gescheiterten Rahmenabkommen erklärte der frühere Unterhändler des EDA für die Bilateralen II, *Michael Ambühl*, kürzlich in *Radio SRF*: «Jetzt haben wir ein Abkommen, das nicht nur institutionelle Fragen regelt, die eigentlich alle nicht wirklich in unserem Interesse sind, die alle nur Konzessionen der Schweiz gegenüber der EU bedeuten würden.» (Hervorhebung *mw*)

«Jetzt gibt es ein Bilaterale-III-Paket [...], in dem Geben und Nehmen in einem besseren Ausgleich ist. Man kann zum Beispiel für die Schweiz positive Abkommen aushandeln, zum Beispiel ein Stromabkommen, im Lebensmittelbereich, im Gesundheitsbereich, wo wir mitgestalten können. Dann kann das Gesamtpaket leichter auch die eine oder andere Kröte beinhalten, die man vielleicht leichter schlucken kann.»

– *Dynamische Rechtsübernahme*: «Das ist zwar demokratiepolitisch eine Knacknuss, aber hier werden wir vermutlich einlenken müssen.» So *Michael Ambühl*. (Wirklich? Müssen wir?) Es sei einfacher, in bezug auf bestimmte Fragen in einzelnen Abkommen, wie dem Lohnschutz oder der Unionsbürgerrichtlinie, eine Ausnahmeregelung zu erreichen. *Michael Ambühl* nennt eine ganze Reihe solcher Ausnahmeregelungen, die er meint, in Brüssel herausholen zu können. Ob die EU-Gremien das auch so sehen?

– *Streitbeilegungsverfahren* (in der Medienmitteilung des Bundesrates nicht erwähnt): «Wenn eine Partei nicht einlenken will, könnte die andere [...] Ausgleichsmassnahmen verhängen [...], zum Beispiel eine Busse. Diese Massnahme muss «verhältnismässig» sein.» Da brauche es eine «unabhängige Instanz», die feststelle, was verhältnismässig sei. *Ambühl* ist der Meinung, es sollte möglich sein, «zur Zufriedenheit beider Seiten eine Lösung zu finden». Frage des Interviewers: «Ist das so eine Kröte, die die Schweiz schlucken muss, dass sie den EuGH akzeptieren muss?» *Michael Ambühl*: «Der EU ist es wichtig, dass es nicht irgendein unabhängiges Gericht gibt, zum Beispiel ein Schiedsgericht. Denn der EuGH hat das Auslegungsmonopol für EU-Recht. Hier wird man sicher eine Lösung finden, die das Auslegungsmonopol des Gerichtshofs nicht ritzen wird.» Da kann man gespannt sein, aus welchem Hut wir eine «unabhängige Instanz» zaubern wollen, die das Monopol des EuGH nicht ritzt.

Positiv zu vermerken ist, dass *Michael Ambühl* empfiehlt, sich von der EU nicht zu einem Zeitplan drängen zu lassen, und darauf hinweist, dass die Schweiz für Brüssel ein «problemloser Partner» ist, zuverlässig, ohne grosse Schulden, ohne Korruption.

Quelle: *Karasek, David*. «*Michael Ambühl: Wieso soll es jetzt klappen?*» *Radio SRF Tagesgespräch* vom 9.11.2023

¹ «Der Bundesrat beschliesst, ein Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union (EU) zu erarbeiten». *Medienmitteilung* des Bundesrates vom 8.11.2023

² *Schöchli, Hansueli*. «Schweiz/EU. In Kernpunkten bleibt Brüssel hart». *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.11.2023

³ *Schöchli, Hansueli*. «Schweiz/EU. In Kernpunkten bleibt Brüssel hart». *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.11.2023

⁴ *Lampart, Daniel*. *Medienkonferenz* vom 6.11.2023. SGB-Position zum Verhandlungsmandat mit der EU-Kommission

⁵ *Alleva, Vania*. *Unia* Zentralsekretariat. «Stand Europa-Dossier: Lohnschutz nicht gesichert». *Point de Presse* vom 6.11.2023

⁶ *Wüthrich, Adrian*. *Medienkonferenz* vom 6. November 2023. «Europapolitik: Lagebeurteilung und Forderungen der Gewerkschaften. Nur ein echt verhandeltes und ausgewogenes Vertragspaket hat vor dem Volk eine Chance»

⁷ *Hartwich, Mathias*. «Öffentlicher Verkehr der Schweiz darf nicht unter die Räder der EU kommen». Referat an der *Medienkonferenz* vom 6.11.2023

Die Westminster-Erklärung

Internationales Manifest für die Meinungsfreiheit

Wir schreiben als Journalisten, Künstler, Autoren, Aktivisten, Technologen und Wissenschaftler, um vor der zunehmenden internationalen Zensur zu warnen, die jahrhundertalte demokratische Normen zu untergraben droht.

Wir kommen von links, rechts und aus der Mitte und sind uns einig in unserem Bekenntnis zu den universellen Menschenrechten und zum Recht auf freie Meinungsäußerung, und wir sind alle zutiefst besorgt über die Versuche, geschützte Meinungsäußerungen als «Fehl-information», «Desinformation» und mit anderen schlecht definierten Begriffen zu bezeichnen.

Dieser Missbrauch dieser Begriffe hat zur Zensur von Bürgern, Journalisten und Dissidenten in Ländern auf der ganzen Welt geführt.

Ein solcher Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt eine ernsthafte Diskussion über Angelegenheiten von dringendem öffentlichem Interesse und untergräbt die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie.

Weltweit arbeiten staatliche Akteure, Social-Media-Unternehmen, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen verstärkt daran, die Bürger zu überwachen und ihnen ihre Stimme zu nehmen. Diese gross angelegten und koordinierten Bemühungen werden manchmal als «industrieller Zensurkomplex» bezeichnet.

Dieser Komplex wird oft durch direkte Regierungsmassnahmen betrieben. In Indien¹ und der Türkei² haben die Behörden die Befugnisse erlangt, politische Inhalte aus den Sozialen Medien zu entfernen. Der Gesetzgeber in Deutschland³ und der Oberste Gerichtshof in Brasilien⁴ kriminalisieren politische Äusserungen. In anderen Ländern drohen Massnahmen wie das irische «Hate Speech»-Gesetz⁵, das schottische «Hate Crime»-Gesetz⁶, das britische «Online Safety»-Gesetz⁷ und das australische «Misinformation»-Gesetz⁸ die Meinungsfreiheit stark einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

Der industrielle Zensurkomplex arbeitet jedoch mit subtileren Methoden. Dazu gehören die Filterung der Sichtbarkeit, die Kennzeichnung und die Manipulation von Suchmaschinenergebnissen. Durch *Deplatforming* und *Tagging* haben die Zensoren der Sozialen Medien bereits legitime Meinungen zu Themen von nationaler und geopolitischer Bedeutung zum Schweigen gebracht. Sie taten dies mit voller Unterstützung der «Desinformationsexperten» und «Faktenprüfer» in den Mainstream-Medien, die die journalistischen Werte der Debatte und die intellektuelle Auseinandersetzung aufgegeben haben.

Wie die *Twitter-Affäre* (*Twitter Files*) gezeigt hat, üben Technologieunternehmen in Absprache mit Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen häufig eine zensurische «Inhaltsmoderation» aus. Bald wird die EU-Gesetzgebung zu digitalen Diensten diese Beziehung formalisieren, indem Plattformdaten

Die Meinungsfreiheit

in internationalen Erklärungen und Verträgen

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948

«Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.»

Artikel 10 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte aus dem Jahr 1950

«1. Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schliesst die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

2. Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum

Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.»

Artikel 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte aus dem Jahr 1966

«(1) Jedermann hat das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit.

(2) Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schliesst die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

(3) Die Ausübung der in Absatz 2 vorgesehenen Rechte ist mit besonderen Pflichten und einer besonderen Verantwortung verbunden. Sie kann daher bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind

a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer;

b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (*ordre public*), der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit.»

an «überprüfte Forscher» aus dem NGO- und Wissenschaftsbereich weitergegeben werden.

Einige Politiker und Nichtregierungsorganisationen⁹ zielen sogar auf Ende-zu-Ende-verschlüsselte *Messaging-Apps* wie *WhatsApp*, *Signal* und *Telegram* ab.¹⁰ Wenn die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung aufgehoben wird, haben wir keine Möglichkeit mehr, vertrauliche Gespräche in der digitalen Sphäre zu führen.

Obwohl ausländische Desinformation zwischen Staaten ein echtes Problem ist, werden Behörden, die diese Bedrohungen bekämpfen sollen, wie die *Cybersecurity and Infrastructure Security Agency* in den Vereinigten Staaten, zunehmend gegen die Öffentlichkeit gerichtet. Unter dem Deckmantel der Schadensvermeidung und des Wahrheitsschutzes wird die Meinungsäußerung als erlaubte Handlung und nicht als unveräusserliches Recht behandelt.

Wir erkennen an, dass Worte manchmal Anstoss erregen können, aber wir lehnen die Vorstellung ab, dass verletzte Gefühle und Unbehagen, selbst wenn sie akut sind, einen Grund für Zensur darstellen. Ein offener Diskurs ist der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft und unerlässlich, um Regierungen zur

Rechenschaft zu ziehen, schwache Gruppen zu stärken und die Gefahr von Tyrannei zu verringern.

Der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung gilt nicht nur für Ansichten, denen wir zustimmen, sondern wir müssen auch die Ansichten schützen, die wir entschieden ablehnen. Nur in der Öffentlichkeit können diese Meinungen gehört und angemessen angefochten werden.

Darüber hinaus haben sich unpopuläre Meinungen und Ideen immer wieder als Allgemeinwissen durchgesetzt. Wenn wir bestimmte politische oder wissenschaftliche Positionen als «Fehlinformation» oder «Desinformation» abtun, laufen unsere Gesellschaften Gefahr, in falschen Paradigmen stecken zu bleiben, die der Menschheit hart erarbeitetes Wissen vorenthalten und die Möglichkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen, zunichte machen. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist unsere beste Verteidigung gegen Desinformation.

Der Angriff auf die Redefreiheit ist nicht nur eine Frage verzerrter Regeln und Vorschriften – es ist eine Krise der Menschheit selbst. Jede Kampagne für Gleichheit und Gerechtigkeit in der Geschichte hat sich auf ein offenes Forum

für abweichende Meinungen gestützt. In zahllosen Beispielen, darunter die Abschaffung der Sklaverei und die Bürgerrechtsbewegung, hing der gesellschaftliche Fortschritt von der Meinungsfreiheit ab.

Wir wollen nicht, dass unsere Kinder in einer Welt aufwachsen, in der sie Angst haben müssen, ihre Meinung zu sagen. Wir wollen, dass sie in einer Welt aufwachsen, in der ihre Ideen offen geäussert, erforscht und diskutiert werden können – eine Welt, die den Gründern unserer Demokratien vorschwebte, als sie das Recht auf freie Meinungsäußerung in unseren Gesetzen und Verfassungen verankerten.

Der erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Recht auf Meinungs-, Presse- und Gewissensfreiheit gesetzlich verankert werden kann. Man muss nicht in allen Fragen mit den USA übereinstimmen, um anzuerkennen, dass dies eine wichtige «erste Freiheit» ist, aus der sich alle anderen Freiheiten ableiten. Nur durch die Meinungsfreiheit können wir Verletzungen unserer Rechte anprangern und für neue Freiheiten kämpfen.

Es gibt auch einen klaren und soliden internationalen Schutz der Meinungsfreiheit. *Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (AEMR)¹¹ wurde 1948 als Reaktion auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs verfasst. Artikel 19 der AEMR besagt: «Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.» Während es für Regierungen notwendig sein kann, einige Aspekte der Sozialen Medien zu regulieren, wie z. B. Altersbeschränkungen, sollten diese Regulierungen niemals das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung verletzen.

Wie in Artikel 19 klargestellt wird, ist die logische Folge des Rechts auf freie Meinungsäußerung das Recht auf Information. In einer Demokratie hat niemand ein Monopol auf das, was als wahr angesehen wird. Vielmehr muss die Wahrheit durch Dialog und Debatte gefunden werden – und wir können die Wahrheit nicht finden, ohne die Möglichkeit des Irrtums zuzulassen.

Die Zensur im Namen des «Schutzes der Demokratie» verkehrt das System der Repräsentation, das von unten nach oben verlaufen sollte, in ein System der ideologischen Kontrolle von oben nach unten. Diese Zensur ist letztlich kontraproduktiv: Sie sät Misstrauen, fördert die Radikalisierung und delegitimiert den demokratischen Prozess.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit waren in der Geschichte der Menschheit stets Vorboten für Angriffe auf alle anderen Freiheitsrechte. Regime, die die Meinungsfreiheit untergraben, haben unweigerlich auch ande-

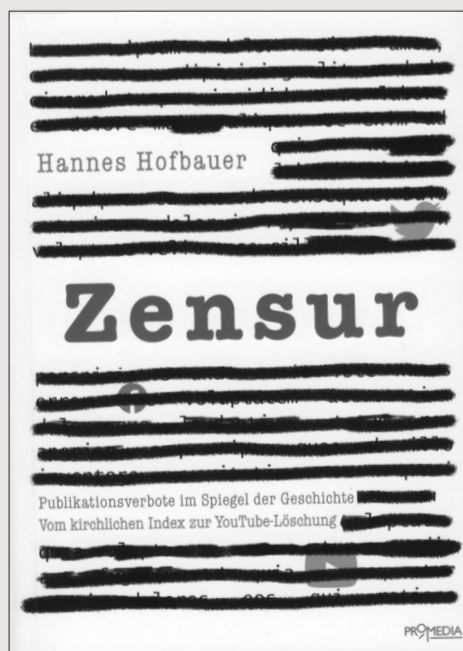
Fortsetzung auf Seite 7

Gegenöffentlichkeit kann mit Verboten zwar behindert, aber nicht erstickt werden

Zitate aus dem Buch «Zensur» von Hannes Hofbauer*

«Verlorenes Vertrauen mit Zwangsmassnahmen zu kompensieren, gehört zu den ältesten Herrschaftstechniken, denen sich Kirchenhäupter und Monarchen ebenso bedienen, wie es Regierungen und führende Medienhäuser unserer Tage tun. Den Verlust einer gewohnten Diskurshegemonie beantworten sie dann mit Publikationsverboten. Betroffen sind Positionen, die das herrschende Narrativ in Frage stellen und gleichzeitig das Potential einer weiten Verbreitung besitzen. In genau einer solchen Situation befinden wir uns.

Die Wiederkehr der Zensur wurzelt in der ökonomischen Schwäche des transatlantischen Raums. Im Niedergang kämpft das Establishment um seine Daseinsberechtigung. Je erfolgreicher Gegenöffentlichkeit hergestellt werden kann, desto aggressiver wird ihr von Brüssel oder Berlin begegnet. Staatliche Wahrheitswächter und kalifornische Medienmonopole haben eine neue, gemeinsame Praxis des Löschns



und Sperrns von Inhalten entwickelt, für die sie einander gegenseitig die Verantwortung zuspielen; wir erleben die Zensur-

praxis des post-industriellen, digital-kybernetischen Zeitalters.» (aus dem Vorwort)

«Gerade das Wissen um den geopolitischen und wirtschaftlichen Abstieg schlägt sich in der Frage des Umgangs mit der Meinungsfreiheit nieder. Längst hat sich die in Washington, Brüssel und Berlin als Bedrohung empfundene Konsolidierung des eurasischen Raumes auch kulturell und diskursmässig niedergeschlagen. Der vom missionarischen Eifer angestachelte Wertediskurs des ehemaligen politischen «Westens» wird angesichts sich verändernder Machtverhältnisse im Weltmassstab zunehmend unglaubwürdig. [...] Um diesen Verlust aufzuhalten, ist vor allem Brüssel angetreten, die EU-europäischen Völker mit anfangs verdeckten und später immer offener formulierten Wahrheitsdekreten zu versorgen, auf dass die historische, politische und kulturelle Lesart der Selbstdarstellung möglichst alternativlos das diskursive Terrain beherrscht.» (S. 123)

«Zensur und Publikationsverbote, so einschneidend sie den notwendigen gesellschaftlichen Diskurs behindern und so sehr sie ihn beschädigen – was ja ihre Absicht ist –, sind ab einem gewissen Kickpunkt nur mehr Zeichen der Schwäche. Wann dieser Punkt erreicht ist, dafür gibt es freilich kein Rezept. Er wird notgedrungen zwischen den Massnahmen der Zensoren und den Aktivitäten der Zensurierten gefunden werden müssen.» (S. 237)

«Und so lautet die abschliessende Botschaft dieses Buches, das Publikationsverbote durch die Jahrhunderte beobachtete, dass Gegenöffentlichkeit zum herrschaftlichen Diskurs mit Verboten zwar behindert, aber nicht erstickt werden kann.» (S. 241)

* Hofbauer, Hannes. *Zensur. Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung.* Promedia-Verlag Wien 2022, ISBN 978-3-85371-497-3

«Die Westminster-Erklärung»

Fortsetzung von Seite 6

re demokratische Grundstrukturen geschwächt und beschädigt. Ebenso untergraben die Eliten, die heute auf Zensur drängen, die Demokratie. Was sich jedoch geändert hat, sind das Ausmass und die technischen Mittel, mit denen Zensur durchgesetzt werden kann.

- Wir glauben, dass die Meinungsfreiheit wesentlich ist, um unsere Sicherheit vor staatlichem Machtmissbrauch zu gewährleisten – einem Machtmissbrauch, der in der Vergangenheit eine weitaus grössere Bedrohung darstellte als die Äusserungen von Einzelpersonen oder sogar organisierten Gruppen. Im Interesse des Wohlergehens und der Entwicklung der Menschheit rufen wir zu folgenden drei Massnahmen auf.
- Wir fordern die Regierungen und internationalen Organisationen auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht zu werden und Artikel 19 der AEMR einzuhalten.
- Wir fordern die Technologieunternehmen auf, sich zum Schutz der digitalen Öffentlichkeit im Sinne von Artikel 19 der AEMR zu verpflichten und von politisch motivierter Zensur, der Zensur abweichender Stimmen und der Zensur politischer Meinungen Abstand zu nehmen.
- Schliesslich rufen wir die breite Öffentlichkeit auf, sich uns im Kampf für die Wahr-

Unterzeichner

Matt Taibbi, Journalist, USA; **Michael Shellenberger**, Public, USA; **Jonathan Haidt**, Social Psychologist, NYU, USA; **John McWhorter**, Linguist, Columbia, Author, USA; **Steven Pinker**, Psychologist, Harvard, USA; **Julian Assange**, Editor, Founder of Wikileaks, Australia; **Tim Robbins**, Actor, Filmmaker, USA; **Nadine Strossen**, Professor of Law, NYLS, USA; **Glenn Loury**, Economist, USA; **Richard Dawkins**, Biologist, UK; **John Cleese**, Comedian, Acrobat, UK; **Slavoj Žižek**, Philosoph, Author, Slovenia; **Jeffrey Sachs**, Columbia University, USA; **Oliver Stone**, Filmmaker, USA; **Edward Snowden**, Whistleblower, USA; **Greg Lukianoff**, President and CEO Foundation for Individual Rights and Expression, USA; **Stella Assange**, Campaigner, UK; **Glenn Greenwald**, Journalist, USA; **Claire Fox**, Founder of the Academy of Ideas, UK; **Dr. Jordan B. Peterson**, Psychologist, Author, Canada; **Bari Weiss**, Journalist, USA; **Peter Hitchens**, Author, Journalist, UK; **Niall Ferguson**, Historian, Stanford, UK; **Matt Ridley**, Journalist, Author, UK; **Melissa Chen**, Journalist, Spectator, Singapore/USA; **Yanis Varoufakis**, Economist, Greece; **Peter Boghossian**, Philosopher, Founding Faculty Fellow, University of Austin, USA; **Michael Shermer**, Science Writer, USA; **Alan Sokal**, Professor of Mathematics, UCL, UK; **Sunetra Gupta**, Professor of Theoretical Epidemiology, Oxford, UK; **Jay Bhattacharya**, Professor, Stanford, USA; **Martin Kullendorff**, Professor of Medicine (on leave), Harvard, USA; **Aaron Kheiriaty**, Psychiatrist, Author, USA; **Chris Hedges**, Journalist, Author, USA; **Lee Fang**, Independent Journalist, USA; **Alex Gutentag**, Journalist, USA; **Iain McGilchrist**, Psychiatrist, Philosopher, UK; **Ayaan Hirsi Ali**, Human Rights Activist, Author, Netherlands; **Konstantin Kinin**, Author, UK; **Leighton Woodhouse**, Public, USA; **Andrew Lowenthal**, liber-net, Australia; **Aaron Mate**, Journalist, USA; **Izabella Kaminska**, Journalist, The Blind Spot, UK; **Nina Power**, Writer, UK; **Kmele Foster**, Journalist, Media Entrepreneur, USA; **Toby Young**, Journalist, Free Speech Union, UK; **Winston Marshall**, Journalist, The Spectator, UK; **Jacob Siegel**, Tablet, USA/Israel; **Ulrike Guerot**, Founder of European

«Wir wollen nicht, dass unsere Kinder in einer Welt aufwachsen, in der sie Angst haben müssen, ihre Meinung zu sagen. Wir wollen, dass sie in einer Welt aufwachsen, in der ihre Ideen offen geäussert, erforscht und diskutiert werden können – eine Welt, die den Gründern unserer Demokratien vorschwebte, als sie das Recht auf freie Meinungsäusserung in unseren Gesetzen und Verfassungen verankerten.»

Unterzeichner dieser Erklärung haben wir grundlegende politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten. Aber nur wenn wir uns zusammenschliessen, können wir die eindringenden Kräfte der Zensur besiegen, damit wir weiterhin offen debattieren und uns gegenseitig herausfordern können. Im Geiste der Meinungsverschiedenheiten und der Debatte unterzeichnen wir die Westminster-Erklärung.

Wir verteidigen das Recht, Fragen zu stellen. Hitzige Debatten, auch wenn sie Unruhe stiften, sind besser als gar keine.

Zensur beraubt uns des Reichtums des Lebens selbst. Meinungsfreiheit ist die Grundlage für ein sinnvolles Leben und eine blühende Menschheit – durch Kunst, Poesie, Drama, Geschichten, Philosophie, Gesang und vieles mehr.

Diese Erklärung ist das Ergebnis eines ersten Treffens von Verfechtern der Meinungsfreiheit aus der ganzen Welt, das Ende Juni 2023 in Westminster, London, stattfand. Als

Democracy Lab, Germany; **Heather E. Heying**, Evolutionary Biologist, USA; **Bret Weinstein**, Evolutionary Biologist, USA; **Martina Pastorelli**, Independent Journalist, Italy; **Leandro Narloch**, Independent Journalist, Brazil; **Ana Henkel**, Independent Journalist, Brazil; **Mia Ashton**, Journalist, Canada; **Micha Narberhaus**, The Protopia Lab, Spain/Germany; **Alex Sheridan**, Free Speech Ireland; **Ben Scallan**, Gript Media, Ireland; **Thomas Fazi**, Independent Journalist, Italy; **Jean F. Queralt**, Technologist, Founder @ The IO Foundation, Malaysia/Spain; **Phil Shaw**, Campaigner, Operation People, New Zealand; **Jeremy Hildreth**, Independent, UK; **Craig Snider**, Independent, USA; **Eve Kay**, TV Producer, UK; **Helen Joyce**, Journalist, UK; **Dietrich Brüggemann**, Filmmaker, Germany; **Adam B. Coleman**, Founder of Wrong Speak Publishing, USA; **Helen Pluckrose**, Author, UK; **Michael Nayna**, Filmmaker, Australia; **Paul Rossi**, Educator, Vertex Partnership Academics, USA; **Juan Carlos Girauta**, Politician, Spain; **Andrew Neish**, KC, UK; **Steven Berkoff**, Actor, Playright, UK; **Patrik Hughes**, Artist, UK; **Adam Creighton**, Journalist, Australia; **Julia Hartley-Brewer**, Journalist, UK; **Robert Cibis**, Filmmaker, Germany; **Piers Robinson**, Organization for Propaganda Studies, UK; **Dirk Pohlmann**, Journalist, Germany; **Mathias Bröckers**, Author, Journalist, Germany; **Kira Phillips**, Documentary Filmmaker, UK; **Diane Atkinson**, Historian, Biographer, UK; **Eric Kaufmann**, Professor of Politics, Birkbeck, University of Buckingham, Canada; **Laura Dodsworth**, Journalist and Author, UK; **Nellie Bowles**, Journalist, USA; **Andrew Tettenborn**, Professor of Law, Swansea University, UK; **Julius Grower**, Fellow, St. Hugh's College, UK; **Nick Dixon**, Comedian, UK; **Dominic Frisby**, Comedian, UK; **James Orr**, Associate Professor, University of Cambridge, UK; **Brendan O'Neill**, Journalist, UK; **Jan Jekielek**, Journalist, Canada; **Andrew Roberts**, Historian, UK; **Robert Tombs**, Historian, UK; **Ben Schwarz**, Journalist, USA; **Xavier Azalbert**, Investigative Scientific Journalist, France; **Doug Stokes**, International Relations Professor, University of Exeter, UK; **James Allan**, Professor of Law, University of Queensland, UK; **David McGrogan**, Professor of Law, Northumbria University, UK;

⁴ Savarese, Mauricio; Goodman, Joshua. «Crusading Judge Tests Boundaries of Free Speech in Brazil.» *AP News* vom 26.1.2023, apnews.com/article/jair-bolsonaro-brazil-government-f5987e833a681e6f056fe63789ca375

⁵ Nanu, Maighna. «Irish People Could Be Hailed for «Hate Speech», Critics of Proposed Law Warn.» *The Telegraph* vom 17.6.2023, www.telegraph.co.uk/world-news/2023/06/17/irish-people-jailed-hate-speech-new-law/?WT.mc_id=tmgoff_psc_ppc_us_news_dsa_generalnews

⁶ «Schottlands neues Gesetz gegen Hassverbrechen wird die Meinungsfreiheit einschränken.» *The Economist*. <https://www.economist.com/the-world-ahead/2021/11/08/scotlands-new-hate-crime-act-will-have-a-chilling-effect-on-free-speech>

⁷ Lomas, Natasha. «Security Researchers Latest to Blast UK's Online Safety Bill as Encryption Risk.» *TechCrunch* vom 5.7.2023, techcrunch.com/2023/07/05/uk-online-safety-bill-risks-e2ee/

⁸ Al-Nashar, Nabil. «Millionen Dollar an Bussgeldern zur Bestrafung von Online-Fehlinformationen nach neuem Gesetzesentwurf.» *ABC News* vom 25.6.2023, www.abc.net.au/news/2023-06-25/fines-to-punish-online-misinformation-under-new-draft-bill/102521500

⁹ «Cryptochat». *Meedan*, meedan.com/project/cryptochat. Abgerufen am 8. Juli 2023

¹⁰ Lomas, Natasha. «Security Researchers Latest to Blast UK's Online Safety Bill as Encryption Risk.» *TechCrunch* vom 5.7.2023, techcrunch.com/2023/07/05/uk-online-safety-bill-risks-e2ee/

¹¹ Generalversammlung der Vereinten Nationen. *Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (AEMR). New York: Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1948

Quelle: westminsterdeclaration.org vom Oktober 2023 (Übersetzung Micha Narberhaus, The Protopia Lab)

Jacob Mchangama, Author, Denmark; **Nigel Biggar**, Chairman, Free Speech Union, UK; **David Goodhart**, Journalist, Author, UK; **Catherine Austin Fitts**, The Solari Report, Netherlands; **Matt Goodwin**, Politics Professor, University of Kent, UK; **Alan Miller**, Together Association, UK; **Catherine Liu**, Cultural Theorist, Author, USA; **Stefan Millius**, Journalist, Switzerland; **Philip Hamburger**, Professor of Law, Columbia, USA; **Rueben Kirkham**, Co-Director, Free Speech Union of Australia, Australia; **Jeffrey Tucker**, Author, USA; **Sarah Gon**, Director, Free Speech Union, South Africa; **Dara Macdonald**, Co-Director, Free Speech Union, Australia; **Jonathan Ayling**, Chief Executive, Free Speech Union, New Zealand; **David Zweig**, Journalist, Author, USA; **Juan Soto Ivars**, Author, Spain; **Colin Wright**, Evolutionary Biologist, USA; **Gad Saad**, Professor, Evolutionary Behavioral Scientist, Author, Canada; **Robert W. Malone**, MD, MS, USA; **Jill Glasspool-Malone**, Ph.D., USA; **Jordi Pigem**, Philosopher, Author, Spain; **Holly Lawford-Smith**, Associate Professor in Political Philosophy, University of Melbourne, Australia; **Michele Santoro**, Journalist, TV Host, Presenter, Italy; **Dr. James Smith**, Podcaster, Literature Scholar, RHUL, UK; **Francis Foster**, Comedian, UK; **Coleman Hughes**, Writer, Podcaster, USA; **Marco Bassani**, Political Theorist, Historian, Milan University, Italy; **Isabella Loidice**, Professor of Comparative Public Law, University of Bari, Italy; **Luca Ricolfi**, Professor, Sociologist, Turin University, Italy; **Marcello Foa**, Journalist, Former President of Rai, Italy; **Andrea Zhok**, Philosopher, University of Milan, Italy; **Paolo Cesaretti**, Professor of Byzantine Civilization, University of Bergamo, Italy; **Alberto Contri**, Mass Media Expert, Italy; **Carlo Lottieri**, Philosopher, University of Verona, Italy; **Alessandro Di Battista**, Political Activist, Writer, Italy; **Paola Mastrocola**, Writer, Italy; **Carlo Freccero**, Television Author, Media Expert, Italy; **Giorgio Bianchi**, Independent Journalist, Italy; **Nello Preterossi**, Professor, University of Salerno, Scientific Director of the Italian Institute for Philosophical Studies, Italy; **Efrat Feingon**, Journalist, Podcaster, Israel; **Eli Vieira**, Journalist, Genetic Biologist, Brazil; **Stephen Moore**, Author and Analyst, Canada

LESER  BRIEFE

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.chabo@zeit-fragen.chInternet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

IBAN CH91 0900 0000 87644472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen.

Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur

mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder

Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Fichen müssen unwiderruflich gelöscht werden

Eine kleine seriöse Schweizer Zeitung (*Zeit-Fragen*), die im Gegensatz zu unserer einheitsbreiigen Mainstream-Medienlandschaft differenzierte und gut recherchierte Artikel, Interviews und Reportagen publiziert, wird vom *Nachrichtendienst des Bundes* (NDB) bespitzelt und als quasi russisch unterwanderte Zeitung verdächtigt, um angeblich politischen Einfluss nehmen zu wollen. Begründung für diesen grotesken Verdacht ist ein Interview eines amerikanischen ehemaligen Obersten der Marineinfanterie und UN-Waffeninspektors, *Scott Ritter*, weil er die Schweizer Neutralität hervorgehoben und unterstützt hat. Es erübrigt sich hier wohl auf argumentativer Ebene, solche haltlosen und grotesken Vorwürfe zu dementieren.

Neben diesem skandalösen Verstoss gegen die Medienfreiheit erscheint uns äusserst beunruhigend, dass der NDB die Unterstützung der Schweizer Neutralität, die gerade im katastrophalen Ukraine-Konflikt von entscheidender Bedeutung gewesen wäre, als Bespitzelungsgrund anführt.

Wenn der NDB offenbar unsere, in der Historie tatsächlich mehrfach bewährte, bewaffnete Neutralität in diesem schwerwiegenden, internationalen Konflikt sogar als Problem einstuft, dann müssen wir ja annehmen, dass auch der Bundesrat und insbesondere die Vorsteherin des NDB, Frau *Viola Amherd*, die Neutralität ebenfalls als nicht mehr politisch

opportun erachtet. Es mag ja sein, dass Frau Amherd sich Herrn *Wolfgang Schäuble*, seines Zeichens ehemaliger CDU-Fraktionsvorsitzender, anbieten möchte, der eine neutrale Haltung im Ukraine-Konflikt als verwerflich insinuiert.

Dabei verstösst aber Frau Amherd und mit ihr auch der NDB eklatant gegen Schweizerisches Bundesverfassungsrecht. Zudem sind dem NDB mit dieser Fichierung weitere verfassungsrechtliche Verstösse vorzuwerfen, weil er damit die Meinungs- und Informationsfreiheit im Art. 16 sowie die Medienfreiheit im Art. 17, die in der Schweizerischen Bundesverfassung verankert sind, unterbinden will.

Dies sind unserer Meinung nach schwerwiegende und eklatante Verstösse seitens des NDB gegen bestehendes Bundesrecht, welche wir nicht einfach hinnehmen. Der Fichen-Skandal Ende der achtziger Jahre ist uns noch in bester Erinnerung. Wir nehmen nicht an, dass der NDB einen erneuten Fichen-Skandal heraufbeschwören möchte. Wir verlangen deshalb vom NDB, dass diese Fichen unwiderruflich gelöscht werden und aus diesen verfassungsrechtlichen Verstössen Konsequenzen gezogen werden. Andernfalls müsste die Öffentlichkeit über solche Skandale informiert werden.

Dr. med. Daniel Güntert, Wattwil (SG)

Meinungsfreiheit nicht mehr gewährleistet

Aufgabe der Medien wäre es, neutral, sorgfältig recherchiert und analysiert zu berichten und der ganzen Meinungsvielfalt Raum zu bieten. Diese Art von Journalismus wird leider nur noch selten angetroffen. Statt dessen wird ein politisch genehmer Einheitsbrei verbreitet, mit dem die Leser im Sinne von «steter Tropfen höhlt den Stein» auf eine Linie gebracht werden sollen. Wird dem nicht entsprochen, wird derjenige, der dies wagt, diffamiert. So geschehen mit einer kleinen, äusserst seriösen, unabhängigen Schweizer Zeitung – Herr *Mörgeli* hat es in *Weltwoche*-Artikeln beschrieben. Ein hochbrisanter, skandalöser Vorgang. Erwähnte Zeitung soll dafür bestraft werden, dass sie Raum bietet für Stimmen, die sich für die Neutralität einsetzen. Es soll offenbar exemplarisch an ihr gezeigt werden, dass mit Schwierigkeiten zu rechnen ist, wenn man das öffentlich tut. Involviert sind der *Nachrichtendienst des Bundes* (NDB) und damit dessen Vorsteherin Frau Bundesrätin *Amherd*. Was hier vorgeht, ist verfassungswidrig und entspricht einem Skandal. Es ist peinlich, an dieser Stelle an den Artikel 16 der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie an den Art. 17 der Medienfreiheit in der Schweizerischen Bundesverfassung erinnern zu müssen. Ich verlange von Ihnen, Frau Amherd, diesen Verstoss zu korrigieren, damit sich solches nicht wiederholen kann.

Dr. med. Silvia Güntert, Bazenheid (SG)

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren»

Ein Aufruf für die heutige Welt

von Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

In Frieden zu leben ist ein tief verwurzelter Wunsch aller Menschen. Um so drängender sind wir heute gefordert, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Zusammenleben in Würde und Freiheit möglich ist. Wir alle sind – jeder in seinem Aufgabenfeld – aufgerufen, unseren Beitrag zu leisten, ansonsten bleibt dieses Ziel eine leere Forderung. Besondere Verantwortung tragen unsere vom Volk gewählten und beauftragten Entscheidungsträger. Sie müssen Mitmenschen sein, die sich in ihrem Handeln am Wohle aller orientieren, und dürfen sich nicht von bewussten oder unbewussten egoistischen Machtansprüchen verführen lassen.

Doch sind gerade in der Schweiz mit ihrem einmaligen direktdemokratischen System alle Menschen in die Verantwortung eingebunden, ein gleichwertiges Zusammenleben möglich zu machen. Das braucht gereifte Persönlichkeiten, die ihren Blick über den eigenen Horizont hinaus auf die Welt richten und anstehende Aufgaben erkennen und anzupacken gewillt sind. In diesem Kontext kommt unserer Volksschule spezielle Bedeutung zu, denn sie ist – in Unterstützung und Ergänzung der Familie – ein unverzichtbares Übungsfeld, um in kleinen, altersgemässen Schritten die Fähigkeiten zur demokratischen Mitgestaltung zu entwickeln. In der Beziehung und mit der Anleitung ihrer Lehrer und Lehrerinnen können die Kinder und Jugendlichen ein gesundes Empfinden für gegenseitige Wertschätzung und Achtung aufbauen und echtes Mitgefühl mit leidenden Mitmenschen entwickeln. Dazu gehört eine spontane Abscheu gegenüber Unrecht, verbunden mit dem Wunsch, zu gesellschaftlichen Bedingungen beizutragen, in denen die Würde aller Menschen nicht nur geachtet, sondern in gegenseitigem Geben und Nehmen gelebt wird. Die Bildungsinhalte unserer Schulen müssten diesem Ziel speziell Rechnung tragen.

Heutige Lehrpläne: nur dürre Formulierungen

Doch ist dem nach wie vor so? Nach 30 Jahren Schulreformen? Suchen wir in den für die deutschsprachige Schweiz aktuell verbindlichen Lehrplänen, so finden wir die Begriffe «Demokratie» und «Menschenrechte» im Kompetenzbereich «Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren»¹. Was darunter zu verstehen ist, findet man als dürre Kompetenz gefasst: «Die Schülerinnen und Schüler können die Entwicklung, Bedeutung und Bedrohung der Menschenrechte oder Kompetenzen erklären» oder in der ebenso dürren Kompetenzstufe: «... können Kinder- und Menschenrechte erläutern». Und nun? In der Praxis stehende Lehrerinnen und Lehrer wissen um die Komplexität eines solchen Themenkreises und dass eine lediglich intellektuelle Auseinandersetzung und Begriffsklärung niemals genügt, sondern ein gefühlsmässig tiefer gehender Lernprozess nötig ist. Eine anspruchsvolle, aber bereichernde Aufgabe für Lehrerinnen und Lehrer, die sich auch glücklicherweise (entgegen der Ausbildung) nicht als Lerncoach verstehen, sondern ihre Aufgabe auf dem Boden eines personalen Menschenbildes ausfüllen und dazu die breite Palette der Unterrichtsfächer in individueller Art und kreativ zu nutzen wissen.

«Wir könnten eigentlich alle Freunde sein ...»

Genau beobachten zu lernen gehört beispielsweise zu einem fachlich fundierten und Erfolg versprechenden Zeichnungsunterricht. Wir probierten das aus, und jedes Kind zeichnete die Umrisse seiner Hand auf einem leeren Blatt nach. Als die Skizzen in wildem Durcheinander auf dem Boden ausgelegt waren, sollte jedes seine eigene Hand finden oder die eines anderen Kindes zuordnen können.² Es ist gut vorstellbar, dass dies eine anspruchsvolle Aufgabe war. Denn obwohl die Kinder unterschiedlichen Geschlechts und Alters waren, verschiedene Hautfarben hatten und unterschiedlich gross waren, sahen ihre Hände doch sehr ähnlich aus und waren nur an kleinen Eigenheiten zu unterscheiden. Daraus ergab sich die schon eher philosophische Frage, warum das so schwierig war. Kinder machen

sich gerne Gedanken zu solchen Fragen, sie fühlen sich ernst und gross genommen. Bald standen verschiedene Vermutungen im Raum, die sie miteinander diskutierten. Ganz nebenbei übten sie dabei, sich in Ruhe zuzuhören, einen Moment innezuhalten und die Überlegungen der anderen Kinder zu den eigenen dazuzufügen (nach Lehrplan nüchtern als «Überfachliche Kompetenzen» bezeichnet). Schliesslich waren sie sich darin einig, dass sich eben die Menschen in sehr vielem sehr ähnlich sind und sich nicht in bessere oder minderwertige aufteilen lassen. «Wir könnten eigentlich alle Freunde sein», meinte ein Schüler nachdenklich, der sonst oft in Streitereien verwickelt ist. War da nicht in einfache Worte gefasst, was im ersten Artikel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen festgehalten ist?

Nach den Greueln des Zweiten Weltkrieges

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.»

Diese Feststellung in Artikel 1 schliesst an die Präambel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen an, gefolgt von Artikel 2 mit dem Verbot der Diskriminierung: «Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.»³

Als am 10. Dezember 1948 um drei Uhr nachts *Eleanor Roosevelt*, Vorsitzende der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* verkündete, war nach den Greueln des Zweiten Weltkrieges ein Dokument geschaffen worden, das weltweit ein friedliches Zusammenleben möglich machen sollte. Sie war in einem zweijährigen Diskussionsprozess von acht umsichtigen und verantwortungsvollen Männern und Frauen aus Australien, Chile, China, Frankreich, Libanon, der Sowjetunion, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten ausgearbeitet und in der Folge in der Generalversammlung der Vereinten Nationen von den damals 58 Mitgliedsstaaten ohne Gegenstimmen und mit acht Enthaltungen verabschiedet worden. Seither wurde sie in mehr als 200 Sprachen übersetzt.

Ein weltweit gültiger Wertekatalog

Auch wenn die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* keinen völkerrechtlich bindenden Status hat, so war doch zum ersten Mal in der Geschichte festgehalten, welche Rechte für alle Menschen gleichermaßen gelten sollten. Es war ein von allen Völkern und Nationen zu erreichendes gemeinsames Ideal geschaffen, das den Menschen auf der ganzen Welt den Weg zu einem Leben in Würde und Freiheit bereiten sollte, eine Bedingung für einen dauerhaften Frieden. Daraus leitete sich das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, das Verbot von Sklaverei und Folter, die Gedanken- und Glaubensfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäusserung, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohlbefinden ab, um nur einige der weiter ausdifferenzierten Para-



Nach dem Zweiten Weltkrieg bereiste der Schweizer Fotograf Werner Bischof verschiedene europäische Länder und dokumentierte die ungeheure Zerstörung, die der Krieg hinterlassen hatte. Im hohen Norden begegnete er in einer Holzhütte einem alten schwedischen Samen, der seinen Gruss mit den Worten erwiderte: «So, so, aus der Schweiz kommst du, dem Land des Friedens.» (Bild Zeitschrift *Du*, Nr. 6, Juni 1949)

graphen zu nennen. Vieles davon ist später in die nationalen Verfassungen aufgenommen worden oder mittlerweile für alle Staaten zwingendes Völkerrecht. Dieses auf den bitteren Erfahrungen eines weltweiten Krieges gegründete Vermächtnis hält unmissverständlich fest, dass niemand das Recht hat, das gesellschaftliche Zusammenleben mit Gewalt bestimmen zu wollen, oder befugt ist, die dem Menschen von Natur aus zukommenden Rechte einzuschränken, zu beschneiden oder zu missachten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, gründeten die Vereinten Nationen 1993 das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte. Es soll die Menschenrechte auf nationaler und internationaler Ebene fördern und durchsetzen.

Um so ermüthender ist es, das Weltgeschehen der darauffolgenden Jahrzehnte zu reflektieren, denn leider sind wir weit davon entfernt, dass die Gültigkeit dieser Rechte überall auf der Welt erkannt wird. Die sogenannte Nachkriegszeit ist geprägt von weltweiten bewaffneten Konflikten, nur gerade im September 1945 waren 26 Tage ohne Krieg.

Die Bemühungen um einen weltweiten Frieden spürbar machen

Natürlich konnten wir in dieser Zeichnungsstunde und den darauffolgenden Schulstunden nicht in dieser Tiefe auf die in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* festgehaltenen Grundlagen eines friedlichen und würdevollen Zusammenlebens eingehen. Aber die Kinder hörten von diesen Bemühungen für einen weltweiten Frieden, sie wurden für sie gefühlsmässig spürbar gemacht. Darauf könnte später aufgebaut werden, denn ein würdiger Umgang der Menschen ist keine Selbstverständlichkeit, die auf den Wunschzettel gesetzt werden kann. Er muss im Zusammenleben gelegt, gestärkt, gefördert, stets erneuert und weitergetragen werden – ein wichtiges Arbeitsfeld, zu dem Psychologie und Pädagogik viel zu sagen hätten, basierend auf dem Naturrecht und einem personalen Menschenbild. Vielleicht so, wie Eleanor Roosevelt geantwortet hatte auf die Frage: «Wo beginnen die Menschenrechte?» «An den kleinen Plätzen, nahe dem eigenen Heim. So nah und so klein, dass diese Plätze auf keiner Landkarte der Welt gefunden werden können. Und doch sind diese Plätze die Welt des Einzelnen: Die Nachbarschaft, in der er lebt, die Schule

oder die Universität, die er besucht, die Fabrik, der Bauernhof oder das Büro, in dem er arbeitet. Das sind die Plätze, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung sucht. Solange diese Rechte dort keine Geltung haben, sind sie auch woanders nicht von Bedeutung. Wenn die betroffenen Bürger nicht selbst aktiv werden, um diese Rechte in ihrem persönlichen Umfeld zu schützen, werden wir vergeblich nach Fortschritten in der weiteren Welt suchen.»⁴ Doch kann die Verantwortung nicht nur beim einzelnen Menschen liegen, denn der Schutz der Würde des Menschen muss auch in den Verfassungen der Länder und in internationalen Konventionen verankert sein und ernst genommen werden. Die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie bietet hierzu beste Voraussetzungen.

Was erzählen wir den Kindern zu Weihnachten?

Doch auch hier gilt es wachsam zu sein und Sorge zu tragen, denn die Bestrebungen, unser Land aus seiner Neutralität herauszulösen und in die Kriegsfront einzubinden, sind lautstark und unverfroren. Es braucht ein starkes Gegengewicht, den erpresserischen Druckversuchen standzuhalten und durch Spin-doktoren ausgeklügelter Meinungslenkung Einhalt zu gebieten.

Tun wir das nicht, dann werden wir vor unseren Kindern und Jugendlichen stehen, wie *Annemarie Buchholz-Kaiser*, Psychologin und Historikerin, bereits vor mehr als zwanzig Jahren nachdrücklich gewarnt hatte: «Erzählen wir nächstes Jahr zu Weihnachten unseren Kindern, dass es früher einmal Demokratien gab? Länder, wo die Menschen frei waren, wo sie über ihre Gesetze bestimmen konnten, wo jeder Bürger und jeder Einwohner von Natur aus eine Würde hatte, wo es Menschenrechte gab und jeder einen Anspruch auf eigenes Denken, auf eine eigene Meinung hatte, eine freie Meinung, ein Recht auf eine eigene Religion und Tradition, auf Rechtsverfahren, die an Beweise gebunden waren? Erzählen wir ihnen nächstes Jahr, dass – früher – den Menschen der Friede ein grosses Anliegen war, dass sie sich dafür mit ganzer Kraft und Überzeugung eingesetzt haben? Dass sie überlegt haben, wie man den ärmeren Ländern der Welt helfen könnte? Dass es einmal Stimmen gab für Frieden und soziale Gerechtigkeit? Dass es einmal eine Schweiz gab, in der mehrere Sprachregionen, mehrere Mentalitäten, mehrere Religionen dank direkter Demokratie ein Modell friedlichen Zusammenlebens, ein Filigranwerk an demokratischem Gestalten von unten nach oben, entwickelt hatten, das auch für Krisen- und Kriegsregionen der Welt einen Ausweg bieten würde? Erzählen wir ihnen all das im Imperfekt? Oder tun wir vorher noch einiges andere?»⁵

Lieber würde ich ihnen erzählen, wie ein schwedischer Same den bekannten Schweizer Fotografen *Werner Bischof* begrüsst hatte: «So, so, aus der Schweiz kommst du, dem Land des Friedens.»⁶

1 Kompetenzbereich RGZ 8. www.zh.lehrplan21.ch, abgerufen am 6.11.2023

2 Ähnliche Aufgabenstellungen finden sich auch im Buch «Wie ich mit Kindern über Kriege und andere Katastrophen spreche» von Eliane Perret und Rüdiger Maas.

3 <https://unric.org/de/allgemeine-erklarung-menschenrechte/>

4 https://www.planet-wissen.de/geschichte/menschenrechte/geschichte_der_menschenrechte/pwiedieallgemeinerklärungdermenschenrechte100.html; abgerufen am 6.11.2023

5 Buchholz-Kaiser, Annemarie. «Was erzählen Sie nächstes Jahr zu Weihnachten Ihren Kindern?» In: *Zeit-Fragen* vom 21.12.2001

6 Bildlegende in der Zeitschrift *Du*, Nr. 6, Juni 1949